Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatlich 5000,— M., durch die Post bezogen monatlich 5000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1750,— M. Einzelnummer 200,— M. Sonnabendnummer 300,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 400,— M., auswärts 500,— M., die 3gespaltene Reklamezeile 1500,— M., auswärts 1800,— Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeig., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederleg. 150 M.

Nr. 79 | Dresden, Donnerstag den 5. April 1923 | 34. Jahrg.

An die Arbeiter der Welt!

Berlin, 4. April. Der A. D. G. B., der Afa-Bund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände erlassen folgenden

Aufruf:

An die Arbeiter der Welt! Der völkerrechtswidrige Einbruch des französischen Militarismus in das Ruhrgebiet mitten im Frieden hat neue blutige Opfer gefordert. Gestützt auf das unveräußerliche Recht, die Freiheit ihrer Arbeit zu verteidigen, aus freiem Entschluß, unbeeinflußt von Werkleitung oder Regierung, demonstrierten unbewaffnete Arbeiter auf den Kruppschen Werken in Essen gegen die Besetzung der Werke durch die Franzosen. Die Antwort darauf waren 13 Tote und eine weit größere Zahl Verwundete.

Alle Greuel des Krieges leben wieder auf, nur zügelloser noch, häßlicher, des letzten Scheins von Recht entkleidet.

Was will der französische Militarismus im Ruhrgebiet? Angeblich Reparationen und produktive Pfänder. Wieder und wieder haben das deutsche Volk und seine berufenen Vertreter, haben insbesondere auch die deutschen Gewerkschaften ihre Bereitwilligkeit zur Reparation im Rahmen der Leistungsfähigkeit durch Wort und Tat bekundet. Deutsche Vorschläge haben in London und Paris vorgelegen und hätten bei allseitigem guten Willen eine Verhandlungsgrundlage werden können. Was geschieht statt dessen? Brutale Waffengewalt besetzt die deutschen Arbeitsstätten und tritt an Stelle der deutschen Verwaltung. Tausende von Beamten, die Organe der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wurden verhaftet, mißhandelt und ausgewiesen. Verkehrsmittel, Kohle, Geld, die Löhne der Arbeiter, die Unterstützung der Erwerbslosen wurden wahllos „beschlagnahmt". Täglich werden neue Tausende von deutschen Arbeitern und Angestellten erwerbslos. Ungezählte auch von ihnen wurden eingekerkert, mit Frau und Kindern aus ihren Wohnungen gejagt, ohne jeden Anlaß getötet oder verwundet.

Das Massaker von Essen stellt den neuesten und furchtbarsten, aber keineswegs den einzigen Fall der Hinschlachtung unbewaffneter Arbeiter durch den französischen Militarismus dar. Die Freiheit der Arbeit, die Achtung des Arbeiters als eines vollwertigen, für sich selbst verantwortlichen, aus freiem Willen handelnden Menschen, sie wird im Ruhrgebiet, im besetzten Deutschland durch die militärische Diktatur mißachtet und unterdrückt.

Das französische Volk verkündete vor mehr als 100 Jahren das Menschen- und Bürgerrecht. Die brutigen Gewalthaber Frankreichs wollen die freie Arbeit in Sklaverei verwandeln. Die kostbare Errungenschaft jahrhundertelanger sozialer Kämpfe und eine Vorbedingung jeder wahren Kultur ist in Gefahr.

Arbeiter der Welt, öffnet die Augen und Ohren! Diese Gefahr besteht nicht für den deutschen Arbeiter allein, sie droht euch allen, wenn die Gewalt über das Recht triumphiert. Arbeiter der Welt, seid gewarnt und schützt die Freiheit der Arbeit, ehe es zu spät ist.

•

Protest des französischen Gewerkschaftsbundes

Paris, 4. April. Die C. G. T. veröffentlicht in ihrem Gewerkschaftsorgan folgenden Aufruf: „Angesichts der schmerzlichen Zwischenfälle, die sich innerhalb der Kruppschen Werke abgespielt haben, betrachtet der Allgemeine Gewerkschaftsbund es als seine Pflicht, die Politik der militärischen Besatzung des Ruhrbeckens wieder einmal zu brandmarken. Diese Gewaltpolitik kann nur die Aufreizung der deutschen Nationalisten begünstigen. Ereignisse wie diejenigen, die sich soeben abgespielt haben, vernichten jede gesunde Reparationspolitik und erschüttern den auf sehr schwachen Füßen ruhenden Frieden. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund protestiert gegen die Erschießungen von Essen und ruft das Gewissen aller Arbeiter an, damit so schnell wie möglich mit diesem Abenteuer aufgehört werde, das sowohl für die Regierung wie auch für den Weltfrieden schädlich ist. Das einzige Mittel, die Wiederkehr solcher Zwischenfälle zu verhindern, ist die Anrufung der Intervention des Völkerbundes. Diese Lösung, die schon einmal von dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund gefordert wurde, drängt sich heute mehr denn je durch die Lage, die durch die tragischen Ereignisse in Essen geschaffen wurde, auf."

•

Militarismus ist Brutalität

In der kapitalistischen Klassengesellschaft kann kein Militarismus existieren, der nicht auf Brutalität gegründet wäre. Die Aufrechterhaltung der Macht der besitzenden Klassen erfordert die Niederhaltung der Arbeiterklasse, die nicht allein von Polizei und Justiz, von „Gesetz und Ordnung", von Kirche und Schule, von „Wissenschaft" und bürgerlicher Presse usw. besorgt werden kann. Als Hauptfaktor des ganzen kapitalistischen Herrschaftsgetriebes kommt immer das Militär in Frage, das vom Volke losgelöst und auf brutale Gewalt als seinen Charakter planmäßig dressiert ist. Wütet der Militarismus schon gegen das eigene Volk, wenn es an der Ausbeuterordnung rüttelt, grausam genug, so kennt die Bestialität keine Grenzen, wenn andre Völker unterjocht werden sollen. Der Krieg hat das bewiesen, wobei auch der deutsche Militarismus entsetzlich schuldig wurde. Der Sieg der Entente hat nun den französischen Militarismus beispiellos entwickelt. Ein Volk von 39 Millionen stellt ein stehendes Heer von 700 000 Mann auf (Deutschland hatte bei 65 Millionen 800 000 Mann). Dieses Machtinstrument hat seine eigene Logik, es muß beschäftigt werden, es wird zum Herrscher. Der französische Militarismus unterjocht nun das Ruhrgebiet und wird von Woche zu Woche zu stärkerer Brutalität gedrängt. Das ist gar nicht aufzuhalten. Die Essener Metzelei ist einstweilen der Höhepunkt — aber Fortsetzung folgt.

Zugleich mit der äußeren Nervosität wächst die innere bestialische Grausamkeit des Militärs. Die Menschennatur muß der ständig ausgeübten Roheit erliegen. Jetzt werden immer mehr Fälle von Mißhandlungen bekannt, die an Deutschen begangen werden. Auch besonnene und ehrliche bürgerliche Blätter, wie die Frankfurter Zeitung, haben unzählige Mitteilungen, oft durch die Angabe der Personen beglaubigt, gebracht, die von Züchtigungen, Fesselungen, Entwürdigungen, Vergewaltigungen, Folterungen und sadistischen Grausamkeiten erzählen. Wir haben davon nichts berichtet, weil erstens die Wahrheit der Blätter nicht verbürgt werden kann, zweitens aber diese Angaben immer wieder zu nationalistischen Aufreizungen verwendet werden und Racheinstinkte auslösen sollen. Neuer Militarismus, neuer Krieg soll damit herangezüchtet werden. So sehr die sozialistische Presse das vermeiden muß, so richtig aber bleibt, daß der französische Militarismus immer grausamer im Ruhrgebiet haust. An glaubwürdig bezeugten Folterungen kann man nicht vorübergehen, ohne das Gewissen der Menschlichkeit anzurufen. Hier ist so ein Fall:

Der Vorwärts hat vom Deutschen Transportarbeiter-Verband eine Protokollaufnahme erhalten, die er unverändert wiedergibt, und an deren Zuverlässigkeit nicht zu zweifeln ist. Sie enthält die Aussagen zweier Telegraphenarbeiter, Langel und Steffens, über ihre Erlebnisse während einer Verhaftung am 7. und 8. März. Sie hatten auf der Straße einen elektrischen Verteiler offen gefunden und geschlossen. Der Vorgang war von Franzosen beobachtet worden, die behaupteten, sie hätten französische Leitungen zerstört. Sie wurden verhaftet und zunächst in Einzelzellen gesperrt, deren eine von Ratten wimmelte und eine Menge Unrates enthielt. Dann wurden sie gefesselt weitertransportiert, wobei sie, von Schmerz gequält, in völlig gebückter Gangart gehen mußten. Die Handschellen waren durch Eisenkugeln, die in die Ketten eingegliedert waren, besonders schmerzhaft gemacht.

Sie wurden dann von vier Gendarmen empfangen, die über eine halbe Stunde lang mit Reitpeitschen, Gummiknüppeln und gedrehten Eisenstöcken auf sie losschlugen. Die Schläge gingen zum Teil über den Kopf und waren so wuchtig, daß der Getroffene nach vorne taumelte, worauf er einen Schlag unter das Kinn bekam und wieder rückwärts taumelte. Der eine der Mißhandelten hat nach der Feststellung eines Essener Arztes durch die Schläge auf den Hinterkopf das Gehör des einen Ohres vollständig, das des andern teilweise verloren. Bis dahin war überhaupt kein Verhör vorgenommen worden.

Als man dieses begann, wieder nur durch Gendarmen, wandte man erneut Foltermittel an, um jetzt „Geständnisse" zu erpressen. Man eröffnete dem einen der beiden, er würde innerhalb fünf Minuten erschossen werden, ließ auch vier Posten eintreten, die laden mußten und sich zwei Meter von dem Bedrohten aufstellten. Es wurde kommandiert: „Zum Schuß fertig!", und der scheinbar Todgeweihte glaubte seine letzte Minute gekommen, bat, seine Mutter noch einmal sehen und einen Geistlichen sprechen zu dürfen. Beides wurde ihm unter Hohn und neuen Schlägen abgelehnt, dann aber erfolgte das Kommando: „Gewehr ab!", und das Ganze entpuppte sich als eine Farce! Da indessen nichts aus den Arbeitern herauszuholen war, sperrte man sie wieder in Einzelhaft, und der eine von ihnen erhielt einen Tritt vor den Unterleib, worauf er zwei Stunden bewußtlos liegen blieb. Nachdem man die beiden Männer zu allem andern noch zwei Tage lang hatte vollständig hungern lassen, obwohl sie mehrmals um Wasser und Brot gebettelt hatten, bekamen sie erst im Zuchthaus, wohin man sie inzwischen transportiert hatte, die erste Nahrung.

Im Zuchthaus überzeugten sich die oberen Beamten anscheinend schnell von der Unschuld der beiden Arbeiter, die zwei Tage lang wehrlos in den Händen der bestialischen Gendarmen gewesen waren. Sie wurden mit dem einen Worte: „Raus!" entlassen, ohne daß ihnen die geringste Genugtuung zuteil wurde.

Das Protokoll über die Folterungen umfaßt im Vorwärts zwei Spalten. Wir geben nur das Schlimmste aus ihm wieder. Die beiden Arbeiter bürgen durch Namensunterschrift für die Wahrheit. Gleichviel — an der Brutalität des Militarismus ist nicht zu zweifeln, selbst wenn bei Einzelfällen Uebertreibungen unterlaufen sollten. Die Sozialdemokratie brandmarkt den Militarismus überall, wo er herrscht. Sie kämpft dagegen an — aber nicht durch Hochzüchtung eines neuen deutschen Militarismus, der ebenfalls wieder den Gesetzen der brutalen Gewaltausübung unterworfen wäre. Wir führen die Waffen der Menschlichkeit ins Spiel, die nicht auf „Rache" für den Einzelfall abzielen, die aber nichtsdestoweniger triumphieren werden, weil sie nicht auf das Niedrige, sondern auf das Höhere in der Menschennatur eingestellt sind.

•

Unaufhörliche Wegnahme der Verkehrsmittel

Essen, 4. April. Größere französische Truppenabteilungen haben heute vormittag die Bahnhöfe Essen-Nord und Kray besetzt. Es handelt sich anscheinend um einen Raubzug der Franzosen, ähnlich wie in Wanne, Herne usw. Die Franzosen sind damit beschäftigt, die Wagen und Lokomotiven abzurollen.

Essen, 5. April. Gestern nachmittag ist der **Bahnhof Herne von den Franzosen besetzt worden.** Sie haben eine Kontrollstelle für alle durchfahrenden Züge eingerichtet. Als sie die Absicht äußerten, sämtliche Wagen mit Kohlen, Koks und Nebenprodukten zu beschlagnahmen und sie auf die militarisierte Linie nach Recklinghausen abzurollen, wurde von den Eisenbahnern darauf hingewiesen, daß in diesem Falle ein Verbleiben der deutschen Beamten im Dienst nicht mehr möglich sei.

Organisationsvertrag der drei Spitzenverbände

Am 27. März d. J. wurde zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund ein Organisationsvertrag unterzeichnet. Einleitend heißt es in diesem Vertrag:

„Zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Interessen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten und zur höchsten Steigerung ihrer organisatorischen Kraft und ihres Einflusses im Wirtschaftsleben vereinbaren die drei Spitzenverbände unter Anerkennung des Grundsatzes der parteipolitischen und religiösen Neutralität für sich und ihre angeschlossenen Verbände folgenden Vertrag."

Diese einleitenden Sätze bilden für sich betrachtet schon ein Stück Programm; denn sie bringen zum Ausdruck, daß durch die Schaffung der gemeinsamen Kampffront die höchste organisatorische Kraftentfaltung erreicht werden soll. Unter Anerkennung des Grundsatzes der parteipolitischen und religiösen Neutralität soll versucht werden, den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg aller Arbeiter, Angestellten und Beamten möglichst zu beschleunigen.

Die sechs Paragraphen des Vertrages behandeln in ihrem ersten Teil vorwiegend grundsätzliche Fragen, im zweiten Teil dagegen das technische Zusammenarbeiten innerhalb der Einheitsfront. Nach dem § 1 vertreten die drei Organisationen den Grundsatz, daß die wirtschaftspolitischen und die gemeinwirtschaftlichen Interessen stets den privaten Einzelinteressen voranzustellen sind, ferner, daß der soziale Aufstieg der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten die Erhaltung der deutschen Republik zur Voraussetzung hat und deshalb jeder Verletzung der republikanischen Verfassung im Reich und in den Ländern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken ist. Außerdem wird betont, daß die drei Organisationen auf dem Boden des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Sitz Amsterdam) stehen. Im § 2 wird festgestellt, daß jede der drei Spitzenorganisationen organisatorisch selbständig ist. Wenn auch die drei Organisationen sich verpflichten, in allen gewerkschaftlichen, sozialen und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten, welche die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten berühren, zusammenzuwirken, so wird aber klar und bestimmt ausgedrückt: „In Fragen, die nur die Interessen einer Gruppe unmittelbar berühren, behält jede Spitzenorganisation ihre Selbständigkeit."

Die Frage des Zusammenwirkens der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist schon seit langer Zeit Gegenstand lebhafter Erörterungen in Gewerkschaftskreisen. Seit November 1918 haben wiederholt Verhandlungen zwischen den Vorständen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der drei Arbeitnehmergruppen stattgefunden. Sie führten, soweit es sich um die Arbeiter und Angestellten handelte, zu einem Organisationsvertrag zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, der am 12. April 1921 unterzeichnet wurde. Mit dem Deutschen Beamtenbund haben bereits im Jahre 1919 eingehende mündliche und schriftliche Erörterungen stattgefunden, die infolge des Verhaltens des D. B. B. scheiterten. Auch die zwei Jahre später wieder eingeleiteten Verhandlungen verliefen ergebnislos, nachdem der Deutsche Beamtenbund forderte, daß ein zu treffendes Abkommen in der Formulierung so gefaßt sein soll, daß ihm auch alle andern Spitzenorganisationen, z. B. der Deutsche Gewerkschaftsbund usw., beitreten könnten. Die am 18. Juni 1922 in Leipzig erfolgte Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes bereitete dann endgültig den Boden für den inzwischen unterzeichneten Vertrag vor.

Von den Gegnern der jetzt gebildeten Einheitsfront wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, ein Zusammengehen mit dem A. D. G. B. und Afa-Bund sei einer gewerkschaftlichen Beamtenorganisation nicht möglich, weil dadurch die parteipolitische Neutralität verletzt werde. Auch darauf wird verwiesen, daß der Abschluß des Organisationsvertrages weiter nichts bedeute, als die Errichtung einer Beamtensäule im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Auf den letzteren Einwand einzugehen erübrigt sich. Die Behauptung, daß der A. D. B. die dritte Säule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist, können nur Unwissende oder fanatische Gegner aufstellen. Es genügt, hier noch einmal festzustellen, daß der Organisationsvertrag nur selbständige Spitzenorganisationen kennt. Soweit es sich nun aber um den ersten Einwand handelt, verweisen wir auf den § 3 der Satzung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, in dem es heißt: „Religiöse und parteipolitische Bestrebungen sind ausgeschlossen. Die angeschlossenen Verbände sind zur Wahrung dieses Grundsatzes gehalten." In einem anläßlich der zwischen dem Deutschen Beamtenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund geführten Einigungsverhandlungen zustandegekommenen Einigungsprogramm des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wird unter Ziffer IV gesagt:

„Zur Durchsetzung dieser Forderungen (des Programms) ist eine Vereinbarung mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Allgemeinen freien Angestelltenbund abzuschließen. Sie soll auf folgenden Grundsätzen beruhen: . . . Der Grundsatz der parteipolitischen und religiösen Neutralität sowie der vollständigen organisatorischen Selbständigkeit der Beamtenspitze ist seitens anzuerkennen und durchzuführen . . ."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230405/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Organisationsvertrag wird also in seiner Einleitung sowohl der Satzung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wie auch seinem Einigungsprogramm gerecht. Schon diese Tatsache spricht dafür, daß die Angriffe, die sich gegen den Abschluß des Organisationsvertrags richteten und noch richten werden, schließlich nur beweisen, daß die Schaffung der Einheitsfront der deutschen Arbeitnehmer gewissen Leuten unangenehm wird, die bisher unter dem Deckmantel parteipolitischer Neutralität bestimmten politischen Parteien und den Feinden der Republik Handlangerdienste leisteten.

Die Feigheit des Bürgertums

Die Deutsche Volkspartei, die alten „Nationalliberalen“ windfahnenähnlichen Angedenkens, hielten gestern im Ausstellungspalast eine Bismarckfeier ab, verbunden mit einer Ruhrkundgebung. Sie hatten sich dazu Herrn Stresemann, ihren besten „Führer“ in der Windfahnenpolitik, als Redner herbeigeholt. Er feierte Bismarck als eine Persönlichkeit, der Wilhelm I. gegenüber seine Pläne, die er für richtig hielt, durchzusetzen vermochte (so als der alte Wilhelm 1866 Sachsen und einen Teil Oesterreichs gleich Hannover für Preußen annektieren wollte). Er stellte Bismarck in Gegensatz zu den feigen Politikern, die sich alle den blöden Willkürhandlungen des zweiten Wilhelm unterwarfen. So mußte der 9. November kommen. Auf die Frage: Wer trägt die Verantwortung für den Zusammenbruch? antwortete Stresemann nach dem Dresdner Anzeiger: „Schuld trägt keine Partei, Schuld trägt das ganze Geschlecht“. Er meint wohl nicht das Geschlecht der Hohenzollern, sondern alle lebenden Deutschen. Aber Herr Stresemann kann damit nur das Bürgertum, nicht auch die deutsche Arbeiterschaft gemeint haben. Immer hat diese, vertreten durch die Sozialdemokratie, gegen den Dreiviertelabsolutismus, besonders seit Wilhelm II., aber zugleich auch gegen die Feigheit des Bürgertums, die ihn zuließ, Opposition gemacht. Von letzterem trug es ihr die gemeinsten Beschimpfungen, von der Staatsgewalt Hunderte von Jahren Gefängnis für Wortführer und Unvorsichtige ein. Das weiß Stresemann, und hat deshalb, wenn er vom „ganzen Geschlecht“ redet, gelogen oder kann (wenn der Anzeigerbericht ungenau ist) nur das Bürgertum gemeint haben.

Vor einigen Tagen hat Stresemann eine ähnliche Rede in Jena gehalten, in der er nach dem Bericht der Zeit folgendes sagte:

„Hätte der Enkel des großen Kaisers es ebenso verstanden, große Männer anstatt Byzantinismus um sich zu dulden, wäre manches anders gekommen, was nachher als Ergebnis der von ihm entfachten Zeit des Materialismus, der wirtschaftlichen Hochkonjunktur und der hierdurch bedingten seelischen Not des Volkes zwangsläufig heranswachsen mußte. Bismarck hatte angesichts dieser Erscheinungen immer gemahnt und gefordert, daß das Volk sich mehr mit den politischen Fragen beschäftigen müsse, aber keiner hatte die Stimme des Warners in sich aufgenommen, noch nach ihr gehandelt. So mußte der 9. November 1918 kommen, nicht weil das Werk Bismarcks schlecht oder morsch geworden wäre, nein, weil das Bürgertum zu feig gewesen war für die politische Tat, die es damals und früher schon hätte tun müssen. Darum gilt es heute, den Worten Bismarcks zu folgen und sich einzustellen auf die politischen Notwendigkeiten.“

Ob Herr Stresemann diesen Satz sich diesmal verkniffen oder der Anzeiger ihn weggelassen, wissen wir nicht. Stresemann berührte damit ein dunkles Kapitel aus der Geschichte seiner eigenen Partei. In den Kreisen dieser Partei wußte man sehr genau, was Deutschland an Wilhelm II. besaß, aber der Mut, dies auch offen auszusprechen, fehlte vollständig. So kam eines Tages Bebel ganz aufgeregt im Reichstag zu einem kleinen Kreis von Fraktionsfreunden, um ihnen zu berichten: „Bassermann sprach eben mit mir; er sagt, oben ginge alles drüber und drunter und ER sei wieder einmal ganz aus dem Häuschen.“ Bei einer andern Gelegenheit meinte ein andrer nationalliberaler Führer im Gespräch, die Sozialdemokraten müßten noch schärfer gegen den Kaiser vorgehen, und er gebrauchte dabei über die geistigen und sittlichen Qualitäten dieses Mannes Ausdrücke, die so ziemlich das Aeußerste der Verurteilung darstellen.

Wenn aber öffentlich die Rede auf den Kaiser kam, waren die Nationalliberalen und die übrigen bürgerlichen Parteien ganz Untertänigkeit. Darum vermochte auch der sogenannte „Novembersturm“ von 1908 das persönliche Regiment nicht zu erschüttern. Als Scheidemann im Jahre 1912 mit Hilfe der Nationalliberalen zum Vizepräsidenten des Reichstags gewählt worden war, entfesselten die Konservativen einen Entrüstungssturm gegen die Nationalliberalen, weil diese einem „Hohenzollernbeleidiger“ ihre Stimmen gegeben hatten, und richtig fielen die Nationalliberalen um und wählten sechs Wochen später Scheidemann aus dem Präsidium wieder hinaus.

So recht also Herr Dr. Stresemann hat, wenn er die Feigheit des Bürgertums für den Zusammenbruch verantwortlich macht, so wenig trägt er durch die unkritische Verherrlichung Bismarcks der geschichtlichen Wahrheit Rechnung. Denn so hoch auch Bismarck seine politischen Nachfahren überragte, so war doch gerade er ein Träger des starren Autoritätsprinzips und unter seinem Regiment sind alle Regungen bürgerlich-politischer Selbständigkeit systematisch ausgerottet worden. Das Bürgertum, das vor Wilhelm II. kuschte, war in Bismarcks Schule erzogen; es hatte sich in ihr freilich so willfährig gezeigt, daß die Schuld mehr den Schüler als den Lehrer trifft. Die Ursachen für den Untergang des Kaiserreichs liegen schon in den Umständen seiner Begründung, und auf jedem Blatt seiner Geschichte steht groß vorangeschrieben: Versagen des deutschen Bürgertums.

Bayerisch-deutschnationaler Parteitag

München, 4. April. (Eig. Drahtb.) Die Deutschnationalen Bayerns halten gegenwärtig in Augsburg ihren Parteitag ab. Als Generalreferent über die inner- und außenpolitische Lage haben sie den Propheten Hergt aus Berlin gewonnen, der dem preußischen Kabinett, insbesondere dem Innenminister, Genossen Severing, den Kampf „bis aufs Messer“ ansagte, die Linksparteien, von denen er einen Druck auf das Kabinett in bezug auf die Verständigungsbereitschaft befürchtet, eifrig beschimpfte, gleichzeitig aber ein Loblied auf die „Einheitsfront“ sang. Außenpolitisch lobte er die Festigkeit des Kabinetts in seinen Abwehrkampfmitteln. Die Parole in dem gegenwärtigen Kampf an der Ruhr müsse lauten: Keine Verhandlungen ohne vorhergehende bedingungslose Räumung des Ruhrgebietes, planmäßige Vorbereitung der Aufhebung des Versailler Vertrages durch unsre Regierung für die kommenden Verhandlungen usw. Seine neueste Prophezeiung ist ein kommender Krieg, vor dem wir den Kopf nicht in den Sand stecken dürfen.

Hergt konnte die Phrase: Keine Verhandlungen ohne vorherige bedingungslose Räumung des Ruhrgebietes, vor aller Oeffentlichkeit nur wiederholen infolge der unklaren Kundgebungen des Reichskabinetts, die einmal an Verhandlungen keine Bedingungen knüpft und in den nächsten 24 Stunden Erklärungen herausgibt, die den Eindruck des Gegenteils erwecken. So trägt Herr Cuno indirekt dazu bei, daß den Nationalisten Frankreichs neuer Agitationsstoff gegen Deutschland durch Herrn Hergt gegeben werden konnte. Im Interesse der deutschen Abwehr muß die Regierung zu einer einwandfreien klaren Stellungnahme veranlaßt werden, die gleichzeitig dem volksverräterischen Unfug der Deutschnationalen ein Ende macht.

Kommunistische Spitzel

Aus Gelsenkirchen wird uns geschrieben:

Gegen das Mitglied der hiesigen Parteiorganisation, Ernst Friege, ist ein Ausschlußverfahren eingeleitet worden. Friege hatte als Mitglied unsrer Partei, was von der kommunistischen Presse wohlgefällig vermerkt wurde, der Frankfurter kommunistischen Betriebsrätekonferenz präsidiert. Er ist jetzt geständig, dafür mit reichen Geldmitteln versehen worden zu sein und von Klara Zetkin den Auftrag erhalten zu haben, unter allen Umständen in der Sozialdemokratischen Partei zu bleiben. Diesen Auftrag wird er nun nicht mehr ausführen können, da er in bezechtem Zustande mit seiner gutbezahlten geheimen Mission renommiert hat und damit an den Unrechten gekommen ist.

Die „proletarische Einheitsfront“, wie sich die Kommunisten sie vorstellen, soll also dadurch begründet werden, daß die K.P.D. mit Moskauer Spitzelgeld besoldete Geheimagenten in der Sozialdemokratischen Partei unterhält. Für unsre Partei bedeutet der Gelsenkirchner Fall eine Mahnung zur Vorsicht!

Zuchthausgesetz im Saargebiet

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:

Unter Umgehung der vom Vertrauen der Bevölkerung getragenen Volksvertretung, des Landesrats, hat die Völkerbundregierung ein Zuchthausgesetz erlassen, gegen das das Sozialistengesetz seligen Angedenkens das reineKinderspiel war. Sie nennt es eine „Notverordnung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Saargebiet“. Nur einige Sätze aus dieser „Notverordnung“ mögen zeigen, mit welchem Schandgesetz eine Völkerbundregierung es wagt, die öffentliche Meinung niederzuknüppeln. Im Artikel 2 der 19 Artikel umfassenden Verordnung heißt es z. B.:

Mit Gefängnis bis zu 5 Jahren, neben den auf Geldstrafe bis zu 10 000 Frank erkannt werden kann, wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung

a) den Friedensvertrag von Versailles verächtlich macht,
b) ferner wer 1. den Völkerbund, dessen Mitglieder oder die Signatarmächte des Friedensvertrags von Versailles; 2. die Regierung des Saargebiets, ihre Mitglieder oder die von ihr getroffenen Einrichtungen oder die Beamten, die beauftragt sind, diese Einrichtungen durchzuführen oder in Gang zu halten, beschimpft oder verleumdet; usw.

Die Dehnbarkeit dieser Bestimmungen in bezug auf ihre Auslegung verleugnet den Charakter einer Regierung, in der ein Herr Hector saß, nicht. Was heißt z. B. Verächtlichmachung des Versailler Vertrags? Man will anscheinend jede Kritik des Versailler Diktats oder seiner Auswirkungen unmöglich machen.

Die einzelnen Bestimmungen sind in ihrer Auswirkung für das politische Leben des Saargebiets von so einschneidender Bedeutung, daß es überhaupt unmöglich gemacht, ja vollständig erdrosselt wird. Versammlungen, politische Parteien und besonders die Presse sind dadurch mundtot gemacht und zur Wirkungslosigkeit verurteilt. Und alles das geschieht unter dem Regime einer vom Völkerbund eingesetzten Regierung. Hier hätte der Völkerbund Gelegenheit gehabt, zu zeigen, daß er wirklich eine neutrale, über den Nationen stehende Einrichtung ist, bei der für alle gleiches Recht gilt. Im Saargebiet ist der Völkerbund zur Farce geworden.

Genosse Martow †

In der Nacht zum 4. April starb im Sanatorium Schönberg im Schwarzwald der russische Genosse L. Martow, der dort seit einigen Monaten Heilung von einem Kehlkopfleiden suchte, an dem er im letzten Jahre litt. Alle ärztlichen Bemühungen waren leider vergeblich, den schwerkranken Genossen, dessen Gesundheit durch die Entbehrungen und Mühen der letzten Jahre stark gelitten hatte, am Leben zu erhalten. In einem Alter von 49 Jahren wurde er mitten aus seinem Wirkungskreis herausgerissen, zum größten Schmerze aller seiner Freunde und Genossen, die ihn als einen der bedeutendsten Köpfe des internationalen Sozialismus schätzten.

Mit Martow verliert insbesondere die russische sozialistische Bewegung einen ihrer bedeutendsten Führer, dessen klarer Blick, reichhaltiges Wissen und unbeugsame Energie der russischen Sozialdemokratie seit vielen Jahren geholfen hatte, sich in den verschlungenen, widerspruchsvollen Wegen der Revolution zurechtzufinden. Seit Anfang der neunziger Jahre stand Martow in den ersten Reihen der sozialdemokratischen Bewegung in Rußland. Er war zusammen mit Lenin, Plechanow, Axelrod u. a. Gründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Seit der Spaltung der Partei (im Jahre 1903) in einen bolschewistischen und einen menschewistischen Flügel war er der anerkannte Führer der Menschewisten. Als ständiges Mitglied der zentralen Körperschaften der Partei diente er ihr unablässig als Journalist, als Theoretiker, als Propagandist. Zahlreich sind seine Schriften und Aufsätze, in denen er sowohl den Ideengehalt des wissenschaftlichen Sozialismus popularisierte, wie auch die taktischen Probleme der russischen Revolution unter dem Gesichtspunkt des Marxismus zu lösen suchte. In den Jahren zwischen der ersten und der zweiten Revolution (1906 bis 1917) zum Aufenthalt im Exil verurteilt, kehrte er mit dem Ausbruch der Revolution nach Rußland zurück, wo er bis zum Siege des Bolschewismus in den ersten Reihen der Bewegung stand.

Unter der Herrschaft der bolschewistischen Regierung war auch er, gemeinsam mit der gesamten Partei, den schlimmsten Verfolgungen der kommunistischen Behörden ausgesetzt. Bis zum Sommer 1920 blieb er dennoch in Rußland und konzentrierte in seinen Händen die Leitung der sozialdemokratischen Bewegung, die trotz allen terroristischen Maßnahmen der Behörden am Leben blieb und sich ungeachtet aller Schwierigkeiten durchsetzte. Auch in der internationalen sozialistischen Bewegung war Martow seit Jahren als einer der bedeutendsten Repräsentanten des russischen Sozialismus bekannt. In der Neuen Zeit (unter der Redaktion von Kautsky), im Wiener Kampf sowie in französischen sozialistischen Zeitschriften sind zahlreiche Aufsätze von ihm erschienen, die zu den besten Erzeugnissen der sozialistischen Literatur gehören. In den letzten Jahren nahm Martow auch persönlich regen Anteil an der internationalen sozialistischen Bewegung. Nachdem er im Sommer 1920 nach Deutschland gekommen war, hatte er auf dem Halleschen Parteitag der U.S.P. jene gewaltige Auseinandersetzung mit Sinowjew, die zum erstenmal dem westeuropäischen Sozialismus Aufschluß gab über das eigentliche Wesen des Bolschewismus. Seitdem war er unermüdlich als Redakteur des Sozialistischen Boten in Berlin tätig, um für die wiedererstarkende Arbeiterbewegung in Rußland neues geistiges Rüstzeug zu schaffen.

Leben • Wissen • Kunst

Kunstausstellung Brühlsche Terrasse

Ps. Die Speisekarte der Brühlschen Terrasse ist diesmal recht reichhaltig, was die Verschiedenheit des Dargebotenen und auch die Güte anlangt. Jakob-Böhme-Bund, Rudolf Scheffler, Bernhard Müller, Ockert, Hanusch, Ortsverband Dresdner Künstlerinnen, Fraas, Zillner, das Ehepaar Rüther, Georg Siebert — will man noch mehr? — Der Jakob-Böhme-Bund stammt wohl aus Görlitz und eröffnete seine Ausstellung mit einem sehr schön gespielten Es-Dur-Quartett von Mozart. Das ist aber auch wohl das Bemerkenswerteste an der Ausstellung, denn sie hat nur einen Künstler, der in einen Jakob-Böhme-Bund innerlich hineingehört, das ist Hofmann-Zuan, dessen Werk turmhoch über dem der andern steht. Auch Vetter hat hierin noch einen Platz, obwohl sein Werk eine farbig dekorative Zeichnung ist. Grünewald war Maler. Kurz, es mag sehr sinnvoll sein, eine Ausstellung der bildenden Kunst mit guter Musik zu eröffnen, — sie ist sogar besser als die üblichen Reden — aber wenn man eine Kollektion so unterstreicht, dann muß die Kollektion auch einen entsprechenden Wert haben.

Rudolf Scheffler ist wohl der geschickteste Porträtist, den Dresden jetzt aufzuweisen hat. Die ungemein große geistige Beweglichkeit und die Sicherheit seines Zeichnens, der alles zu mühelos beinahe glückt, befähigen ihn dazu in hervorragendem Maße. Er malt in Mühlen, auf Wände, mehrere Quadratmeter groß, dann wieder miniaturhaft klein, einmal mit Corinthschem Auftrag, dann wieder kleinmeisterlich pointilliert, oder ein Aquarell nach Perugino, das Richard Müller nicht so kann. Und was das Erstaunlichste ist: er bringt die Unzahl seiner literarischen Ideen und geistvollen Einfälle auch noch — — in dem leider unausgeführten Rochlitzer Wandbild — in eine künstlerische Form. Nur schade, daß diesem allzu Geschickten, allzu Ueberreichen der Eindruck einer inneren Geschlossenheit und Gesamtform fehlt.

Demgegenüber ist B. Müller, in jedem Stück seiner Wandbilder für das Lehrerseminar Bautzen genau wie in jedem kleinen Tafelbild, unverrückbar und klar dieselbe ruhige gefestigte Persönlichkeit. Seine Zeichnung in den Wandbildern ist einfach, zielbewußt, hat Qualität in ihrer Anspruchslosigkeit, ohne Mätzchen und Effekte. Man sieht in jedem Detail seinen Willen, und daß er ihn mit den einfachsten Mitteln zusammen mit einer guten Dekoration erreicht hat. Daß seine Tafelbilder hier noch besser wirken, liegt daran, daß sie hierher gehören, die Wandbilder aber in den Raum, für den sie bestimmt sind.

Zillner zeigt vier Oelbilder und eine Reihe Radierungen. Sie sind nach seiner Art gewissenhaft gute Malerei und Zeichnung. Sie kommen aus der modernsten Auffassung, daß der Zufall kein guter Maler ist, daß man die Formung auch des nebensächlichsten Gegenstandes, z. B. einer Telegraphenstange, so steigern kann, daß man dinghafter, greifbarer kaum an die Dinge herankommt und sie trotzdem innerhalb eines künstlerischen Ganzen ein künstlerisch geformter notwendiger Teil sind. In den Arbeiten steckt Jugendkraft und Ehrlichkeit.

Schade, daß Ockerts Arbeiten so durcheinander mit Hanusch, Berger und Lange hängen. Man würde, wenn man sie beisammen hätte, überrascht sein von der Kraft, mit der in der Zartheit dieser Bleistiftzeichnungen, die so außerordentlich dem dargestellten Menschen an sein innerstes Wesen greifen, der Künstler immer und immer wieder sich porträtiert. Diese Zeichnungen und Radierungen — ich denke an den verlorenen Sohn — sind einfach in ihren Mitteln, in ihrem Geiste und dabei groß wie ein schwermütiges Volkslied. Dieselbe innere Gesundheit, dasselbe zielbewußte gute Zeichnen, die Ablehnung des gedankenlosen Strichemachens, d. h. der Wille zur guten Kunst in ihrer Einheit von Vorstellung und Uebersetzung, steckt auch in Hanusch. Lange, der ebenfalls gut zeichnet, hat aber nicht die Kraft und Klarheit, die in den Arbeiten von Ockert und Hanusch zu finden sind.

Die Stilleben von Frau Rüther-Rabinowitsch sind eigentlich in dieser Ausstellung das einzige an Malerei, soweit sie von Damen ausgeübt wird, was bemerkenswert ist. Sie sind ebenso gut in der Farbe, wie die Zeichnungen sicher in ihrer Formgebung sind. Gerade der feine weibliche Einschlag ihrer Zeichnungen, der im Oelbild nicht so zutage tritt, macht sie ebenso reizvoll wie die auf Dekoration gearbeiteten ein- oder mehrfarbigen Schnitte von Hubert Rüther, von denen besonders die Jagd einen guten Wandteppich abgeben könnte. Der Kuhhirte und der Wanderer sind sinngemäße Holzschnitte nach ihrer technischen Behandlung und der davon abhängigen Zeichnung.

Fraas zeigt wieder ein paar starke Oelbilder und eine Reihe guter Aquarelle, die an innerer Festigkeit gegenüber früheren Arbeiten beinahe noch gewonnen haben. Georg Siebert ist mit zwei reizvollen kleinen — Volksliedern hätte ich beinahe gesagt — vertreten.

Die Vitrine ist gefüllt mit netten kleinen Glasdingen, Kunstglasbläsereien, einem putzigen Schachspiel mit Glasfiguren und ähnlichen Dingen.

Dresdner Kalender

Theater am 5. April. Opernhaus: Figaros Hochzeit (7). Volksbühne Nr. 7905 bis 7936. — Schauspielhaus: Basantasena (7½). — Neustädter Schauspielhaus: Peer Gynt (7). Residenz-Theater: Don Cesar (7½).

Volkshochschule. Dr. Kurt Schumann: Anfängerwanderungen (für Jugendliche). 1. Wanderung: Sonntag den 8. April. Treffen: 8 Uhr, Körnerplatz (Loschwitz). Teilnehmerkarten und für die Wanderung benötigte Meßtischblätter (210 Mark statt 1500 M.) nur in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5, I. — Naturkundliche Ausflüge mit Dr. Fr. A. Bähler, Abteilung I. Der für den 4. März geplant gewesene Ausflug findet nunmehr am Sonntag den 8. April statt. Treffen: 8 Uhr, Räcknitz (Endpunkt der Linie 6).

Dienstag den 10. April beginnen: Georg Hofmann: Der harmonische Ausgleich der gegensätzlichen Wirkungsweisen der Naturkräfte und Stoffe und die Abhängigkeit des Menschenlebens hiervon. 7 bis 9 Uhr in der 31. Volksschule, Silbermannstraße 5. Ernst Hörisch: Stilübungen (für neue Teilnehmer), 8 Uhr, in der Städtischen Bücherei und Lesehalle, Waisenhausstraße 9, Erdg. Derselbe: Meister des Stils. Stilistische Betrachtungen im Anschluß an Proben deutscher Prosa (für frühere Teilnehmer), 9 Uhr, am gleichen Orte. Dr. Joh. Süß und Dr. G. Weicker: Rund um Dresden III, Vorbesprechung zu den Wanderungen, 7 bis 9 Uhr, in der Oberrealschule, Marschnerstraße 18. Teilnehmerkarten zu den Lehrgängen in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5, I., oder — nur solange noch vorhanden — bei den Kursleitern.

Die praktischen Lehrgänge in Körperbildung, die im vergangenen Lehrabschnitt Friederike und Christine Bleißner an der Dresdner Volkshochschule abgehalten haben, werden auch im kommenden Lehrabschnitt April—Juli 1923 am bisherigen Orte, Bernhardstraße 75, fortgesetzt, und zwar Donnerstags ein Kurs für bisherige Teilnehmer, beginnend am 12. April, und Dienstags ein Kurs für Anfänger, beginnend am 10. April. Teilnehmerkarten zu beiden Lehrgängen in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5, I. (geöffnet: Montags bis Freitags 10 bis 3 Uhr, Sonnabends 10 bis 2 Uhr, Dienstags und Donnerstags außerdem von 5 bis 7 Uhr nachmittags) und — nur solange vorhanden — bei den Leiterinnen der Kurse, Bernhardstraße 75, vor Beginn der Uebungsabende.

Sonntag den 8. April: Erdkundliche Wanderung mit Studienrat Joh. Kussner nach der Schweizermühle. Treffen: 6.50 Uhr, Hauptbahnhof (Eingang II). Abfahrt: 7.18 Uhr, nach Gottleuba.

Im Staatlichen Kunstgewerbemuseum, Eliasstraße 34 (geöffnet werktags von 9 bis 2, Sonn- und Festtags von 10 bis 1 Uhr, außer Ostersonntag), sind bis 15. April schablonierte Wände der Firma Theodor Kreißig, Kunstgewerbliche Werkstätten, Gabelsbergerstraße 17, und Raumstudien von Paul Mahenfisch ausgestellt. Eintritt frei.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230405/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Das bulgarische Kriegskabinett verurteilt

In Sofia fällte der Staatsgerichtshof das Urteil in dem Prozeß gegen die Mitglieder des früheren Kabinetts Radoslawow. Die in Sliwen in Haft gehaltenen Minister Tontschew, Peschew, Dobri Petkow, General Naidenow, Dintschew, Chr. Iw. Popow und Chr. G. Popow, Apostolow, Kosnitschki und der Generalissimus Scheckow wurden zur Urteilsverkündung nach Sofia gebracht. Gegen Radoslawow, der Sofia unmittelbar nach der Niederlage Bulgariens im Jahre 1918 verlassen hatte, wurde in dessen Abwesenheit erkannt.

Der Staatsgerichtshof verurteilte Radoslawow, Tontschew, Peschew, Chr. Iw. Popow, Dintschew und Petkow zur Haft auf Lebenszeit, General Naidenow zu 15 Jahren Haft, den Generalissimus Scheckow und die Minister Apostolow, Kosnitschki und Chr. G. Popow zu 10 Jahren und den General Bojadjew zu 5 Jahren Haft. Außerdem wurde gegen sämtliche Verurteilten auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit erkannt und ihnen solidarische Haftung für die Kriegsschäden auferlegt, die sich auf 32 Milliarden 700 Millionen Lewa belaufen.

Das Urteil des bulgarischen Staatsgerichtshofes ist das erste Gerichtsurteil gegen die Mitglieder einer an der Kriegskatastrophe schuldigen Regierung. Die Verurteilung ist eine gute Lektion für Minister und Generale, die jetzt — mindestens im „barbarischen" Bulgarien — die Erfahrung machen mußten, daß sie, wenn die Sache schief geht, persönlich und materiell für ihre Politik die Verantwortung zu tragen haben.

Die sozialen Baubetriebe

Vom Verband Sozialer Baubetriebe wird uns geschrieben: Der Verband Sozialer Baubetriebe, G. m. b. H., hat in seiner Gesellschafterversammlung am 26. März d. J. sein Stammkapital von 25 auf 125 Millionen Mark erhöht. Da der Verband Sozialer Baubetriebe lediglich die wirtschaftliche Spitzenorganisation der sozialen Baubetriebe Deutschlands darstellt, unter der 19 Bauhüttenbetriebsverbände, die gleichfalls die Rechtsform einer G. m. b. H. haben und mit eigenem Stammkapital ausgerüstet sind und mit rund 250 Betrieben des Baupt- und Nebengewerbes arbeiten, die wiederum fast durchweg die Rechtsform der G. m. b. H. haben, so stellt der vom Verband Sozialer Baubetriebe geleitete und von den freien Gewerkschaften Deutschlands geschaffene soziale Bautrust zur Zeit das größte baumirtschaftliche Unternehmen in Deutschland dar. In seinen Betrieben arbeiten rund 20 000 Arbeiter und Angestellte. Die Sachwerte dieser Betriebe werden auf mehr als 10 Milliarden Mark abgeschätzt. Bemerkenswert ist, daß diese Organisation in den Anfängen wohl schon im Jahre 1919 geschaffen wurde, aber erst in den Jahren 1920, 1921 und 1922 zur stärkeren Entfaltung kam. Trotz größten Schwierigkeiten, die die vergangene Zeit dem Aufbau neuer Betriebe entgegensetzte, haben es der Verband Sozialer Baubetriebe und seine angeschlossenen Betriebe ermöglicht, sich eine Stellung auf dem Baumarkt zu erringen, die wesentlich zur Preissenkung, jedenfalls zur Verhinderung der Steigerung der Baupreise, beitrug. Im Vergleich zu den Baustoffpreisen und zu den Preisen für Stahl, Eisen, Holz, Glas und Kohle sind die Baupreise, dank der Einschaltung der Bauhütten, verhältnismäßig niedrig geblieben. Der Verband Sozialer Baubetriebe und seine angeschlossenen Bauhüttenbetriebsverbände sind auch dazu übergegangen, eigene baustofferzeugende Betriebe zu errichten und zu betreiben. So arbeiten zur Zeit in seiner Organisation mehrere Ziegeleien, Schlackensteinfabriken, Sägewerke, Steinbrüche, Schiefergruben usw. Das Stammkapital der Spitzenorganisationen ist restlos von den gewerkschaftlichen Organisationen der Hand- und Kopfarbeiter aufgebracht worden, während das Stammkapital der einzelnen Bauhütten von öffentlich-rechtlichen Körperschaften und gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften gezeichnet wurde. Privatkapital ist weder am Verband Sozialer Baubetriebe noch an den einzelnen Bauhütten beteiligt.

Das Ringen um die Eisenbahner

Frankfurt a. M., 4. April. Nach allen aus den Reichseisenbahnbezirken Frankfurt, Ludwigshafen, Mainz, Trier und Karlsruhe eingelaufenen Meldungen haben die Eisenbahner den Befehl des französischen Generals Degoutte, die Arbeit unter französischer Regie bis zum 3. April 6 Uhr morgens aufzunehmen, einmütig abgelehnt. Von Gegenmaßregeln der Franzosen ist bisher nichts bekannt geworden. In Trier haben die Franzosen die Frist für die Meldung zum französischen Eisenbahndienst — um 14 Tage verlängert.

Eine W.-T.-B.-Meldung behauptet, daß auf der Zeche Rheinbaben einwandfrei festgestellt worden sei, daß die Franzosen bei ihren Bemühungen, die dort lagernden Kohlen- und Koksbestände abzuführen, französische Gefangene als Arbeiter benutzten, die unter strenger Aufsicht stehen und mit Peitschen zur Arbeit angetrieben würden.

Erpressung

Düsseldorf, 4. April. (W. T. B.) Der Rheinischen Metallwarenfabrik ist von den Franzosen aufgelegt worden, am 3. April innerhalb drei Werktagen elf neue, auf dem Werk fertiggestellte Lokomotiven zur Verfügung der Besatzungstruppen zu stellen. Falls die Fabrik mit der Lieferung in Verzug bleibt, wird ihr eine tägliche Strafe von 1 Million Mark auferlegt werden. Außerdem sollen die bereits verhafteten Werkleiter gerichtlich verfolgt werden.

Mainz, 3. April. Die Rheinlandkommission hat die Beschlagnahme der gesamten, dem preußischen Staate gehörenden Weinbaudomänen mit allen ihren Erzeugnissen und Einnahmen ausgesprochen.

Macdonalds Hoffnungen

London, 5. April. Reuter meldet: Ramsay Macdonald sagte in einer Rede in Porthcawl in Wales: Er sei kürzlich in Paris gewesen und habe festgestellt, daß man dort zugebe, Frankreich werde aus dem Ruhrgebiet keine Reparationen erlangen. Er und seine Kollegen hätten mit Mitgliedern des französischen, belgischen und italienischen Parlaments in Paris und anderswo zusammengearbeitet, um genau herauszufinden, unter welchen Bedingungen eine Regelung erreicht werden könne. Er vertraue darauf, daß man einer Lösung des Ruhrproblems viel näher sei als vor drei Wochen. Die Arbeiterpartei bemühe sich, die englisch-amerikanische Zusammenarbeit mit Europa zustandezubringen, nicht für militaristische und imperialistische, sondern für moralische Zwecke, damit Amerika, Großbritannien und andre Mächte eine großzügige europäische Politik einleiten könnten. Der Versailler Vertrag werde revidiert werden müssen.

Kleine politische Nachrichten

Ein politischer Mord?

München, 2. April. Eine am 27. März in Freising aus der Isar angeschwemmte Leiche wurde als der 1901 zu Wismar geborene Student Baur identifiziert. Dieser wurde am 5. Februar wegen eines Anschlages auf den Oberbürgermeister Scheidemann aus München ausgewiesen. Von verschiedenen Gerichten waren gegen ihn Haftbefehle wegen Begünstigung der Rathenau-Mörder und wegen Geheimbündelei erlassen worden. Nach den polizeilichen Ermittlungen soll Baur ermordet und dann ins Wasser geworfen worden sein. Die Untersuchung der sehr aufklärungsbedürftigen Angelegenheit wird fortgesetzt.

Der Anteil der Lohnsteuer an der Einkommensteuer hat sich, wie bereits bei den letzten Steuerdebatten an Hand der Ergebnisse einzelner Finanzämter festgestellt wurde, auch im Februar wieder wesentlich erhöht. Nach der vorliegenden Statistik der Reichseinnahmen brachte die Einkommensteuer zusammen 103,8 Milliarden Mark. Davon wurden durch Lohnabzüge aufgebracht 97,2 Milliarden Mark oder mehr als 92 Proz.

Staatssekretär Göhre tritt zurück. Genosse Paul Göhre, der seit der Revolution dem preußischen Staatsministerium als Staatssekretär angehörte, scheidet aus Gesundheitsrücksichten aus seinem Amte aus und tritt in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird, wie schon kurz berichtet, der bisherige Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Geheimrat Weismann.

Ausbau des deutschen Flugverkehrs

Berlin, 5. April. Am 16. April wird die englische Daimler-Gesellschaft den täglichen Flugdienst zwischen Berlin und London aufnehmen. Zu derselben Zeit etwa wird der Flugbetrieb auf der Strecke Hamburg—Kiel—Malmö durch eine schwedisch-deutsche Gesellschaft begonnen werden und durch eine andre Firma auf der Linie Hamburg—Kopenhagen. Am 1. Mai soll auch der Ostverkehr nach Königsberg und darüber hinaus nach Riga und Moskau neueröffnet werden.

Gegen die polnische Einmischung in den Katholikenprozessen

wendet sich eine russische Note an die polnische Regierung, in der betont wird, daß der Versuch, sich in die Rechtsprechung gegen Verbrecher einzumischen, die nach den Gesetzen ihres Landes verurteilt sind, ebenso wie die gegen Rußland ausgesprochenen Drohungen und Beleidigungen zweifellos einen feindlichen Akt darstellen und ein Zeichen aggressiver Politik gegen Rußland seien. Die Sowjetregierung lehne mit Empörung die unerhörten Zumutungen ab, die u. a. darin beständen, in Rußland die Rolle des Protektors russischer Bürger polnischer Abstammung spielen zu wollen und erinnert an die 10 Millionen ukrainischen und weißrussischen Einwohner, die der elementarsten verbürgten Rechte der nationalen Minderheiten entbehrten. Die Sowjetregierung macht die polnische Regierung für die Folgen einer Handlungsweise verantwortlich, die in der Geschichte der internationalen Beziehungen beispiellos dastände.

Nach einer Meldung der Polnischen Telegraphenagentur aus Moskau wurde der von den Bolschewisten zum Tode verurteilte Prälat Budkiewitsch am 31. März durch Erschießen hingerichtet.

Italiens neue Luftflotte

Für die weltpolitische Rolle, die Italien zu spielen gedenkt, ist die emsige Arbeit bezeichnend, mit der in Italien gerüstet und Heer und Flotte neuorganisiert wird. So wird Italien, dessen Luftflotte nach dem Kriege auf kaum 100 Apparate zusammengeschrumpft war, am Jahresende 1000 Kampfflugzeuge besitzen. „Damit," so bemerkte der Staatssekretär Acerbo in einer öffentlichen Rede, „wird Italien endlich auf der Höhe seiner sämtlichen Nachbarn stehen, in der Lage sein, jedweder Eventualität die Spitze zu bieten und seine Rechte und seinen Willen überall in Europa zur Geltung zu bringen."

Ein englischer Gewaltakt

Der seit sechs Wochen andauernde Streik der schottischen Schiffer in Aberdeen, der ein Landungsverbot für deutsche Fischer erzwingen will, hat gestern, wie Daily Chronicle meldet, zu einem grausamen Gewaltakt geführt. Streikende Schiffer haben in der Nacht, während die Mannschaft schlief, die Taue durchschnitten, mit denen der deutsche Fischdampfer am Hafen festgemacht war. Als die deutsche Mannschaft morgens erwachte, trieb das steuerlose Schiff bereits der hohen See entgegen.

Frankreichs Volksverminderung. Aus Paris wird berichtet: Nach einer Veröffentlichung des Arbeitsministeriums beträgt die Geburtenziffer im Jahre 1922: 759 846 gegen 813 536 im Jahre 1921; die Zahl der Sterbefälle 689 267 gegen 696 273. Der Geburtenüberschuß des vergangenen Jahres stellt sich auf 70 579 gegen 117 023 im Jahre 1921, weist also wiederum einen sehr beträchtlichen Rückgang auf.

Neuwahlen in der Türkei. Reuter meldet aus Konstantinopel, die Nationalversammlung hat einstimmig einen Antrag auf Neuwahlen mit einer Frist von zwei Monaten angenommen. Dieser Beschluß hat allgemeine Ueberraschung hervorgerufen. Die vorherrschende Erklärung ist, daß die Regierung in Besorgnis wegen der Stärke der Opposition diesen Schritt unternommen hat, um unerwünschte Elemente zu beseitigen und die Wahlen in aller Eile abzuhalten, bevor die Opposition sich organisiert hat.

Parteiangelegenheiten

Fortschritte der Parteipresse

Eine erfreuliche Nachricht, die Zeugnis ablegt von dem vorwärtsstrebenden Geist und dem zähen Willen in unsrer Partei, kommt aus dem Ruhrgebiet. Unser Parteiblatt für die westfälischen Bezirke Recklinghausen, Buer, Bottrop und Gladbeck, der Volksfreund in Recklinghausen, ist am Gründonnerstag zum ersten Male auf eigener 16seitiger Rotationsmaschine im eigenen neuerrichteten Betriebsgebäude hergestellt worden. Trotz allen Nachkriegswehen ist damit ein Plan endlich verwirklicht worden, der auf das Jahr 1914 zurückgeht. Daß das damals gesteckte Ziel ausgerechnet in der heute für das westfälische Kohlengebiet so schweren Zeit erreicht wird, gereicht unsern Genossen nur zu um so größerer Ehre, zumal wenn man bedenkt, daß der Volksfreund überhaupt erst seit dem 1. Dezember 1919 als Kopfblatt von Bochum erscheint. Unter Vorzensur durch den französischen Militarismus erschien die Festnummer. Möge das neueste Parteiorgan möglichst bald wieder den Genossen frei und ungehindert die Meinung zum Ausdruck bringen können und sich dann weiter entfalten wie bisher!

Aus aller Welt

Im Scherz erschossen und sich selbst gerichtet

Am Karfreitag waren einige junge Männer dabei, bei Oelsnitz (Erzg.) auf Marder zu jagen, nachdem ihnen vor einigen Tagen Erfolge beschieden waren. Im Scherz setzte der 20 Jahre alte Bauarbeiter Emil Richard Weigel seinem Freunde, dem Bergarbeiter Paul Artur Schreiter, gleichen Alters, den Revolver auf die Brust mit den Worten: „Soll ich dich erschießen?" Im gleichen Moment krachte der Schuß und Schreiter fiel tot zu Boden. Weigel warf den Revolver fort und flüchtete. Ein mitanwesender dritter Freund rief ihm jedoch zu, er möchte sich den Behörden selbst stellen, er käme dann mit der halben Strafe davon. Weigel erklärte sich dazu bereit, kam zurück an den Tatort, ergriff den noch am Boden liegenden Revolver, eilte fort und tötete sich selbst durch einen Schuß in die Schläfe.

In der letzten Zeit häufen sich wieder in erschreckender Weise die Fälle, in denen blühende junge Menschenleben durch das leichtsinnige Spielen mit Schießwaffen vernichtet werden. Waffen sind nun einmal keine Sachen zum Spielen! Das sollte jeder bedenken, der im Besitz einer Waffe ist.

Eine „Kinderdiebin" verhaftet

Ueber hundert Kinder bestohlen hat eine ganz gefährliche Schwindlerin in Berlin, die jetzt endlich unschädlich gemacht wurde. Eine Arbeiterin Else Giese, die seit Monaten ohne Beschäftigung war, machte sich auf der Straße an spielende kleine Mädchen heran und versprach ihnen Schokolade, Puppen, Puppenlappen oder auch Geld. Die Kleinen folgten der liebenswürdigen „Tante" in Erwartung der Geschenke, wohin sie sie auch führte, einmal sogar bis Karlshorst. Dort draußen wurden die armen Kleinen dann ausgeländert und hilflos ihrem Schicksal überlassen. Am Donnerstag wurde wieder ein dreijähriges Mädchen auf diese Weise der Ohrringe beraubt. Der Vater nahm sofort mit andern Leuten die Verfolgung auf, und es gelang endlich, die Schwindlerin zu fassen. Die Verhaftete ist geständig, kann sich aber bei der Masse der Fälle der einzelnen Diebstähle nicht mehr erinnern. Festgestellt ist schon, daß sie für mindestens vier Millionen Mark erbeutete. Die Schmucksachen verkaufte sie stets sofort auf der nächsten Metallaufkaufsstelle.

Der Griechenmord im Grunewald

Mit überraschender Schnelligkeit ist es der Berliner Kriminalpolizei gelungen, den Raubmord an dem griechischen Studenten Dimitriew Papademetries im Grunewald aufzuklären. Eine Spur führte in eine Pension, in der viele Ausländer zu wohnen pflegen. Dorthin hatte sich der Mörder des Griechen geflüchtet. Es handelt sich um den griechischen Studenten Georgatos, der zusammen mit dem Ermordeten ein Bankkonto besaß. G. hat von dem gemeinsamen Bankkonto auch einen großen Teil der seinem Freunde gehörenden Gelder für sich abgehoben. Als seine Verhaftung erfolgen sollte, sprang der Täter aus dem vierten Stockwerk des Hauses auf den Hof, wo er tot liegen blieb.

Ein „Raubüberfall" aufgeklärt

Ein Raubüberfall bei dem Frauenarzt Dr. Pulvermacher in Charlottenburg hat eine überraschende Aufklärung gefunden. Die Polizei stand den Erzählungen der überfallenen Krankenschwester, Frau Boge, die gefesselt und geknebelt im Zimmer aufgefunden worden war, von vornherein skeptisch gegenüber. Bei ihrer ersten Vernehmung verwickelte sie sich bereits in Widersprüche und legte schließlich, als sie nicht mehr ein noch aus wußte, ein umfassendes Geständnis ab. Die Schwester, die aus achtbarer Familie stammt, hatte die Bekanntschaft von einigen Männern gemacht, die sie zu einem fingierten Ueberfall zu überreden verstanden. Als sie in der Wohnung allein war, ließ sie ihre Freunde ein, suchte mit ihnen selbst das aus, was zum Rauben wertvoll war und ließ sich dann fesseln und knebeln. Es glückte der Polizei bereits, die beiden Freunde, zwei langgesuchte Verbrecher, Seifert und Sukolowski, auf deren Konto noch eine ganze Anzahl anderer Raubüberfälle kommen dürfte, in die Hände zu bekommen.

Liebestragödie im Berliner Westen

Am Ostersonntag vormittag drang der Kaufmann Walter Hausmann in die Wohnung seiner Freundin Martha Lau und versuchte sie durch drei Schüsse zu töten. Das junge Mädchen wurde in schwer verletztem Zustande von Aerzten der Rettungsstelle verbunden, Lebensgefahr besteht jedoch nicht. Hausmann, der von Beamten des alarmierten Ueberfallkommandos gesucht wurde, erkam. Später versuchte er sich das Leben zu nehmen. Er schoß sich in die linke Schläfe und wurde bewußtlos ins Krankenhaus gebracht, wo er wieder zu sich kam. Auch bei ihm besteht keine Lebensgefahr.

Der Schwager des Mikados tödlich verunglückt

Der Schwager des Mikados, Prinz Kita, ist bei einem Automobilunglück in der Nähe von Paris am ersten Feiertag ums Leben gekommen. Der Prinz und der Chauffeur wurden sofort getötet, die Prinzessin Kita und der junge Prinz Tsala wurden schwer verletzt, doch ist es möglich, daß sie am Leben erhalten werden können.

Eine Liebestragödie spielte sich am Gründonnerstag in Charlottenburg ab. Dort verwundete der Kaufmann Walter Awe seine Braut durch zwei Schüsse schwer und erschoß sich dann selbst.

Bei dem Eisenbahnunglück, das sich dieser Tage bei Geroldstein ereignete, wurden elf Personen getötet. Darunter befinden sich, nach der Kölnischen Volkszeitung, sechs Deutsche. Bei den Aufräumungsarbeiten warfen die Franzosen das beschädigte Material einfach die Böschung hinunter.

Die Stiefmutter ermordet. In Charlottenburg ist die 43 Jahre alte Ehefrau Pauline des Arbeiters Papke in ihrer im zweiten Stock am Hof belegenen Wohnung von ihrem von der Arbeit heimkehrenden Manne tot aufgefunden worden. Um ihren Hals war ein Lederriemen geschlungen, im Mund steckte ein Knebel. Die Ermittelungen ergaben, daß das Verbrechen von den beiden Stiefsöhnen der Ermordeten, dem 16 Jahre alten Kurt und dem 17 Jahre alten Max, ausgeführt worden ist, die beide flüchtig sind. Kisten und Kästen waren alle durchwühlt. Geraubt wurden Geld, Wertsachen und Kleidungsstücke.

Dampfer in Not. Die Funkenstation in Marseille hat um Mitternacht Notrufe von dem canadischen Dampfer „City of Victoria" aufgenommen, an dessen Bord Feuer ausgebrochen ist.

Der Dollar 21 079,66

Berlin, 5. April. (Amtlich.)

		5. 4. Geld	5. 4. Brief	4. 4. Geld	4. 4. Brief
Amsterdam	1 Gulden	8279,25	8320,75	8279,25	8320,75
Buenos Aires	1 Peso	7740,60	7749,40	7740,60	7779,40
Norwegen	1 Krone	8815,43	8884,57	8802,96	8822,04
Dänemark	1 Krone	4019,92	4040,08	4019,92	4040,08
Schweden	1 Krone	5600,96	5629,04	5598,48	5621,52
Helsingfors	1 fin. Mark	574,56	577,44	574,06	576,94
Belgien	1 Frank	1172,06	1177,94	1174,55	1180,45
Italien	1 Lire	1047,37	1052,63	1054,85	1060,15
London	1 Pfd. Sterl.	97904,62	98395,38	97904,62	98395,38
Neuyork	1 Dollar	21079,66	21185,34	21079,66	21185,34
Paris	1 Frank	1361,56	1368,42	1371,56	1378,44
Schweiz	1 Frank	3865,31	3884,69	3890,25	3909,75
Spanien	1 Peseta	3211,95	3228,05	3236,91	3243,09
Wien (abgest.)	100 Kronen	29,82	29,98	29,87	30,03
Prag	1 Krone	628,42	631,58	625,96	629,07
Budapest	1 Krone	4,80	4,84	4,85	4,89

Polnische Noten 40,35.

rs. Berlin, 5. April. (Eig. Drahtm.) Im heutigen Vormittagsverkehr zeigte der Devisenmarkt eine sehr ruhige Haltung. Bei geringen Umsätzen stellte sich Auszahlung Neuyork auf etwa 21 125 zu 21 150. Die englischen Pfunde gingen mit 98 500 zu 98 750 um. Die übrigen Zahlungsmittel hielten sich auf dem entsprechenden Kursniveau.

Obwohl zu den gestiegenen Kursen etwas Ware herauskommt, bleibt die Tendenz heute weiter fest. Aus der Provinz liegen bei den Banken wieder ziemlich umfangreiche Orders vor, die im wesentlichen Käufe darstellen. Vor allen sind Kolonialpapiere, für die schon gestern an der Börse Neigung bestand, lebhaft gefragt. Auch Montanpapiere werden etwas höher genannt. Bankaktien bleiben weiter begehrt. Im übrigen macht sich für Schiffahrtspapiere Interesse geltend.

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

	Meßort	3.	4.
Moldau	Budweis	+ 89	+ 88
Moldau	Modran	+ 57	+ 49
Iser	Jungbunzlau	+ 11	+ 11
Eger	Laun	+ 96	+ 78
Elbe	Pardubitz	— 16	— 40

	Meßort	3.	4.
Elbe	Brandeis	+ 87	+ 70
	Melnik	+ 86	+ 85
	Leitmeritz	+ 92	+ 83
	Aussig	+ 114	+ 129
	Dresden	— 38	— 38

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230405/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Ausgabe der Kohlenbezugsscheine für die Monate Mai 1923 bis mit April 1924.

Kraft § 23 der Bekanntmachung des Reichskohlenkommissars vom 30. Dezember 1920 in ihrer Fassung vom 15. April 1921 samt Nachträgen wird folgendes angeordnet:

§ 1. Allgemeines.

Für das am 1. Mai 1923 beginnende neue Hausbrandwirtschaftsjahr (15. Bezugsscheinreihe) werden auf Grund der hier befindlichen Unterlagen ausgegeben:

a) Kohlenbezugsscheine über **Betriebskohle** oder Betriebs- und **Heizkohle** für die Monate Mai 1923 bis mit April 1924.

b) Kohlenbezugsscheine nur über **Heizkohle** für die Monate Oktober 1923 bis mit April 1924.

§ 2. Zufertigung der Bezugsscheine.

Die Kohlenbezugsscheine werden den bezugsscheinberechtigten Betrieben durch die **Wohlfahrtspolizei** zugestellt. Zunächst werden die Scheine für die Betriebe ausgegeben, die auch im Sommer **Betriebskohle** benötigen. Die Bezugsscheine, die **lediglich** auf **Heizkohle** lauten, folgen **später**.

Ausgenommen von der Zustellung sind die Bezugsscheine der Bäcker, die im Laufe des April durch die Bäckerinnung ausgehändigt werden.

§ 3. Anmeldung beim Händler.

Die Bezugsscheine sind binnen 8 Tagen vom Tage der Zustellung an bei einer zugelassenen Kohlenverkaufsstelle anzumelden. Sie hat die Scheine gegen Empfangsbestätigung innezubehalten.

§ 4. Belieferung der Bezugsscheine.

Ueber die Belieferung der Kohlenbezugsscheine ergehen jeweils besondere Bekanntmachungen. Sie gelten auch für die Belieferung von Verbrauchern in den Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt. Auf die von der Ortskohlenstelle Klotzsche ausgegebenen Bezugsscheine dürfen Lieferungen jedoch nicht erfolgen.

Die Abgabe von Kohlen und Briketten an Verbraucher in dem Bezirke der beiden Amtshauptmannschaften ist nur gegen Abschreibung auf den dort geltenden Bezugsscheinen in dem jeweils freigegebenen Umfange gestattet.

§ 5. Beantragung neuer Scheine, Anträge auf Nachbewilligung.

Wer durch die Wohlfahrtspolizei keinen Bezugsschein zugestellt erhält, trotzdem aber glaubt, Anspruch auf markenpflichtige Hausbrandkohle für seinen Betrieb zu haben, kann sich im Kohlenamte einen Vordruck zur Antragstellung aushändigen lassen.

Etwa notwendig werdende Nachbewilligungen für die Zeit bis April 1924 sind **nicht durch einen zweiten Antragsvordruck**, sondern schriftlich unter eingehender Begründung und unter Bezugnahme auf den bereits eingereichten Antrag beim Kohlenamte nachzusuchen.

§ 6. Inkraftbleiben früherer Vorschriften.

Im übrigen finden während der Dauer der 15. Bezugsscheinreihe die Bestimmungen der Ratsbekanntmachung vom 30. Oktober 1918 über den Verkehr mit Hausbrandkohle in der Stadt Dresden samt Nachtragsbestimmungen allenthalben entsprechende Anwendung.

Dresden, am 4. April 1923.

[648] **Der Rat zu Dresden.**

U.T Licht-Spiele

Der Steinach-Film

Das Ereignis des Jahres! Ein Musterwerk der Ufa!

1. Problem: **Aeußere und innere Geschlechtsmerkmale bei Tieren und Menschen**
2. Problem: **Die innere Sekretion und ihre Bedeutung**
3. Problem: **Geschlechtsumwandlung und Zwittertum**
4. Problem: **Körperliches und seelisches Zwittertum**
5. Problem: **Altersbekämpfung beim Tier**
6. Problem: **Altersbekämpfung beim Menschen**

Zutritt nur für Erwachsene über 18 Jahre. — Wochentags und Sonntags: 4, 6¼ und 8¼ Uhr. [1327

Jüngerer **Expedient** und [b 10 **Schreiberlehrling** zu baldigem Antritt ges. Rechtsanwalt Nathanlohn Johann-Georgen-Allee 10.

Ziehmutter, mögl. vom Land, f. 1½jähr. Knaben geg. gute Bezahlg. sof. ges. Adr. Frl. Böhme, Dresden-A., Blasewitzer Str. 30, pt., im Kaffee

Schuhe und Stiefel Anzüge, Joppen, Hosen usw. kaufen Sie noch billig nur Flemmingstr. 5, Langer

Olympia-Theater Altmarkt

Der bekannte Sensationsprozeß der

Irene d'Or

In den Hauptrollen: Die gefeierte russische Schauspielerin **Elena Polewitzkaja** und **Friedrich Zelnik**

Weitere Mitwirkende: [1327

Margarete Schlegel — Frieda Richard
Rita Clermont — Olga Engl
Hans Albers — Magnus Stifter
Albert Patry — Leopold v. Ledebour

Der dicke Bill im Lunapark

Original-amerikanisches Lustspiel in 2 Akten.

Beginn der Vorführungen täglich 4, 5¾, 7½ u. 9 Uhr.

Lichtspiele im Volkswohlsaal

Ostra-Allee — Eingang Trabantengasse

Nur vier Tage! Nur vier Tage!

Von Donnerstag den 5. bis Sonntag den 8. April

wieder ein Schlager-Programm:

Der Graf v. Cagliostro

Der große Abenteurer des Rokoko.

Spannende Abschnitte aus dem Leben des berühmtesten Hochstaplers von Europa.

Regie und Hauptrolle: **Reinhold Schünzel**

weitere Besetzung: **Conrad Veidt, Hilde Wörner, Nanni Weisse, Anita Berber.**

Prächtige Original-Aufnahmen d. Schlosses Schönbrunn.

Außerdem:

Opfer des Fluchs

Eine moderne Schicksalstragödie aus dem Gebirgsleben.

Anfang 4 Uhr. — Einlaß jederzeit bis 8½ Uhr. [011

Dresden- Altstadt

VSPD. 5. Unterbezirk

Vorsitzender: Otto Lößner, Strehlener Straße 36. Kassierer: Max Weichold, Wettinerpl., Volkszeitung

Freitag den 6. April, abends 7½ Uhr, in den Gruppenlokalen:

Gruppenversammlungen

Tagesordnung:

Neuwahlen und Stellungnahme zur Jahres-Generalversammlung. [b 420

Die Mitglieder aller Gruppen werden ersucht, für guten Besuch besorgt zu sein. **Der Vorstand.**

Prachtvollen Kabeljau u. Seelachs billigst

Dresdner Fischhallen, Webergasse 17, Ecke Quergasse. [1327

Ruhrhilfe!

Dienstag den 10. April 1923 im städtischen Ausstellungspalast

Wohltätigkeits-Konzert

zugunsten der Ruhrhilfe

ausgeführt von drei Militärkapellen, etwa 100 Musiker, und einem Tambourzug.

Ihre gütige Mitwirkung haben zugesagt:

Kammersängerin **Charlotte Viereck-Kimpel** und andere namhafte Künstler.

Nach dem Konzert: **BALL.**

Karten in den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen sowie durch Alfred Wanrich, G. m. b. H., Marschallstr. 55. [1844

Kern Das neue reelle Uhren u. Goldw. Geschäft mit Reparatur Werkstatt

!! Meine Preise sind stets die billigsten !!

Da kein Laden, wenig Spesen

Damen-Kleider	von M. 19000 an
Damen-Mäntel	von M. 16500 an
Damen-Kostüme	von M. 65000 an
Damen-Röcke	von M. 8500 an
Blusen, Jumper	von M. 4000 an

Elisabeth Becker, Wallstr. 1, I. [1587

Zur Aufklärung! Die Verbreitung des Betriebsrats d. Straßenreinigung, daß ich während meiner Krankheit Nebenarbeit vom 12. 8. 22 bis 25. 8. 22 verrichtet haben soll, erklärt Unterzeichneter als unwahr, was auch vor Gericht durch Zeugen festgestellt worden ist. Richard Hennig, ehemal. Straßenreiniger, Jakobsgasse 18, 2. [b8

Extrastarke **Dauerwäsche** M. Weil Schössergasse 2.

Heinrich Apels Marionettentheater

Dresden-A., Alaunplatz, im transp. Theaterzelt.

Donnerstag den 5. April, abds. 8 Uhr: **Das Geisterwirtshaus.**

Freitag den 6. bis mit Donnerstag den 12. April, abends 8 Uhr: **Der Lampenkönig.** Posse mit Gesang in fünf Akten. Nachspiel: **Varieté (II. Teil).** Sonntag (2 u. 4 Uhr) und Mittwoch (4 Uhr): **Schneewittchen und die sieben Zwerge.** Herrl. Märchen in 7 Akten.

Carolasäle.

Ballabende [w 196

Sonntag, Montag, Freitag

Leder-Ausschnitt u. Schuhbedarfs-Artikel

kauft man gut und preiswert in [1584

Dresden-A., 52 Am See 52, Ecke Kleine Pl. Gasse

Filiale: Löbtau, Kesselsdorfer, Ecke Reisewitzer Str.

Emil Göbel, Lederhandlung.

Bei Weißfluß, Frauenkrankheiten usw. empfiehlt sich das glänzend ärztl. begutachtete **„Fluralbol"** als vorzügl. Spülmittel. Hersteller: Ibis-Pharmaciegesellschaft m. b. H., Dresden, Moritzstr. 15. Zu haben in d. Apoth. u. Drog., bestimmt vorrätig: Löwen-Apoth., Altmarkt, Salomonis-Apoth., Neumarkt, Schwan-Apoth., Neustadt, Stern-Apoth., Löbtau, Louisen-Apoth., Striesen, Moltke-Apoth., Pieschen. [1254

Fensterreinigung

zu vergeben. Angebote an [1631 **Reichsbankhauptstelle.**

Hosenträger Gummi mit Leder [1080 **E. J. Nicolai,** Frauenstraße 6, gegenüber Kleppereiben.

Trauringe von 4000 M. an. **Uhren u. Goldwaren** billigst [1320 **Edmund Rudolph** Wettinerstr. 52.

Schuhwaren Restposten werden laufend billig abgegeben [b189 Walpurgisstraße 18

Schulranzen, Aktentaschen

Reisekoffer, Lederwaren [w 76

Klopfer, Freiberger Straße 3.

Eleg. Kapp-, Promenaden- u. Kinderwagen, neu, noch billig zu verk. Oppellstraße 19, I.

In keiner Wohnung fehle die Volkszeitung!

Sarrasani

Die volkstüml. Eintrittspreise des Circus SARRASANI entsprechen dem Stande: **1 Dollar = 4000 M.**

Nur noch kurze Zeit! [1500

Das lustige Schaustück: Robert und Bertram. Neu: Avramko auf dem Mast. Die zersägte Dame.

Ball-Anzeiger

für Freitag den 6. April

Bürgergarten Lübecker Straße 16, Straßenbahn-Linien 7, 20, 22. Moderne Ballmusik.

Eldorado Steinstraße, Strßb. 1, 5, 12, 17, 18, 19, 20. I. Rang: Wein-Abteilung! Höhlenklause — Tanzeck — • Rutschbahn. •

Paradiesgarten Dresdens besuchteste Tanzstätte. Wohltätigkeitsball.

Watzkes Tanzpalast Leipziger Straße, Linien 10 u. 15. Der beliebte **BALL.**

Gasth. z. städt. Vieh- u. Schlachthof im Ostra-Gehege. Straßenbahn 2.

Beliebter Ausflugsort.

Jeden Freitag: **Schlachtfest.**

Jed. Freitag: **Familienkränzchen.**

Blutarme, Kranke Genesende

Süd-Süßwein
Rotweine
Süße Obstweine
billige Preise

Liköre
Weinbrände
Magen-Weine
Vom Besten das Beste

C. Spielhagen Weingroßhandlung

9 Annenstrasse 9
9 Bautzner Strasse 9 [1305
Geöffnet 8–12, 2–6½ Uhr

Billige Damen-Bekleidung

finden Sie bei unsrer großen Auswahl immer — das passende und billige Kleidungsstück

Blusen	Röcke	Kleider	Kostüme	Frühj.-Mäntel
in Flanell, Musselin von 4900 an	a. nur. fest. Stoffen, i. versch. Ausf. von 8500 an	a. Chev., Batist, Musl. b. Taff. b. 19500 an	in all. mod. Machärten, eleg. Gab.-Kost. 275000, 75000	a. Covercoat, Homespun, Tuch 88000, 21500

Nur 1. Etage Durchgehend geöffnet **Scheffelstr. 17, 1. Et.** Kein Laden Durchgehend geöffnet

Birnberg & Co.

Der Zankapfel der K. P. D.

Um die sächsische Regierungsbildung

Die sächsische Regierungskrise ist für die Kommunisten noch nicht gelöst, und der Richtungsstreit in der K. P. D. um die taktische und politische Einstellung zur sächsischen Regierungsbildung geht munter weiter. Die Bezirksleitung des Bezirks Berlin-Brandenburg der K. P. D. hatte bereits am 13. März Stellung genommen zur Haltung ihrer sächsischen Parteigenossen und Parteizentrale zu dem Kampf um die Arbeiterregierung in Sachsen. Diese Stellungnahme ist ja durch die Verständigung überholt, und die Forderungen der Berliner Kommunisten, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung ohne Zustandekommen des Betriebsrätekongresses nicht zu unterstützen und für einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung unter keinen Umständen zu stimmen, sind von den sächsischen Kommunisten nicht befolgt worden. Dagegen verdient der Punkt 3 der Berliner Vorschläge über die kommunistische Taktik nach der Verständigung, ernste Beachtung, um sowohl unsre Genossen wie die kommunistischen Arbeiter auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die für die mit Mühe hergestellte Verständigung entstehen müssen, wenn die darin vorgeschlagene Taktik von den kommunistischen Führern befolgt wird. Dieser Punkt 3 lautet:

Kommt die Arbeiterregierung zustande, so hat die K. P. D. verstärkt ihre Agitation und Propaganda auf die Zersetzung der S. P. D. einzustellen, insbesondre den Versuch zu machen, die vom S.-P.-D.-Parteitag eingesetzte Kontrollkommission zu mobilisieren unter der Losung: mit den Kommunisten oder den Bürgerlichen? Mit den Arbeitern gegen den Fascismus oder mit den Kapitalisten gegen die Arbeiter?

Wenn ein Teil der kommunistischen Führer das Hauptziel nicht in dem Kampf gegen Fascismus und bürgerliche Reaktion, sondern in der Bekämpfung oder Zersetzung unsrer Partei sieht, wird die Verständigung der beiden proletarischen Parteien rasch wieder in die Brüche gehen. Die sozialistischen und kommunistischen Arbeiter werden daher dafür sorgen müssen, daß die Verständigung nicht als Deckmantel benutzt wird für den Kampf gegen die andere proletarische Partei.

Auch die vereinbarten Richtlinien und die Wahl des Genossen Dr. Zeigner zum Ministerpräsidenten mit Hilfe der Kommunisten hat die Opposition in der K. P. D. nicht zum Schweigen gebracht. Am 23. März, also nach der Wahl, erklärte der kommunistische Zentralvorstand von Berlin-Brandenburg, daß er mit der Unterstützung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung in Sachsen nicht einverstanden ist:

„denn trotz unsrer Behauptung, daß die sächsische Regierung noch keine Arbeiterregierung, sondern eine ihrem Wesen nach bürgerliche Regierung ist, muß unsre Unterstützung dieser Regierung die Illusion der Massen fördern, als ob das sozialdemokratische Kabinett eine Machtposition der Arbeiterklasse wäre."

Vorher hieß es:

„Zwischen der jetzigen Form der Unterstützung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung und der Beteiligung an der Wahl eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und dem Eintritt der Kommunisten in das sozialdemokratische Kabinett vermag der Zentralvorstand Berlin-Brandenburg keinen theoretischen und praktischen Unterschied zu erblicken."

Ein Teil der kommunistischen Führer sieht also selbst in einem sozialistisch-kommunistischen Kabinett keine Machtposition der Arbeiterklasse, im Gegensatz zu den Massen der kommunistischen Partei, die sich ein gesünderes Urteil bewahrt haben.

Auch bei dem Berlin-Brandenburger Zentralvorstand finden wir die gefährliche Einstellung, die bei der Frage der sächsischen Regierungsbildung nicht von den Interessen des Proletariats ausgeht, sondern in erster Linie von dem Gesichtspunkt: wie schwächen wir die S. P. D. Die Haltung der sächsischen kommunistischen Parteigenossen wird abgelehnt, weil

„die Unterstützung und die Weise, wie sie zustande gekommen ist, nicht ein Weitertreiben der Zersetzung der S. P. D. bedeutet und das Weitertreiben des Kampfes um die Arbeiterregierung, sondern gerade das Gegenteil. Sie verstärkt nicht den Druck auf die oppositionellen S.-P.-D.-Arbeiter, sie treibt sie nicht weiter zu immer schärferem Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer bis zur Einberufung eines Landes-Betriebsrätekongresses, der die Forderung aufstellt: Arbeiterregierung."

Der Landesvorstand Sachsen und die sächsische Landtagsfraktion der K. P. D., die in einer gemeinsamen Sitzung am 27. März u. a. auch die Richtlinien der Berliner Bezirksleitung und des Zentralvorstandes Berlin-Brandenburg zur sächsischen Regierungsbildung geprüft haben, sind zu dem Ergebnis gekommen, „daß die Vorschläge in außerordentlich leichtfertiger Weise zum Teil aufgebaut sind auf völlig mangelnder Sachkenntnis". In der politischen Tendenz dieser Vorschläge wird „die bewußte Ablehnung der Einheitsfronttaktik und ein Vorstoß gegen die praktische Durchführung der Beschlüsse des Leipziger Parteitages" erblickt. ... Landesvorstand und Landtagsfraktion sehen in dem „Abschluß der Regierungskrise einen großen Erfolg der K. P. D." Die Zentrale der K. P. D. wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß nicht durch Berliner oder andre Gegenwirkungen die Durchführung und Verbreiterung der Aktion der sächsischen Partei gehemmt und geschädigt werde. Der Kampf für den Betriebsrätekongreß und die Arbeiterregierung kann jedoch nur dann siegreich durchgeführt werden, „wenn die Basis dieser Kampagne über den sächsischen Rahmen hinaus erweitert wird".

Es wäre ein erfreulicher Fortschritt, wenn die sächsischen Kommunisten erkennen würden, daß Sachsen eine gar zu kleine Basis bildet für irgendwelche bolschewistischen Experimente. Diese Einsicht wäre die beste Grundlage für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zum Wohle der sächsischen Arbeiterschaft.

Sachsen

Die Demokraten „rechtfertigen" sich

Auf den derben Rüffel, den der demokratische Reichstagsabgeordnete Brodauf seinen sächsischen Parteigenossen erteilt hat (siehe unsre sächsische Sprzenotiz „Bürgerliche Kopfwäsche" vom 29. v. M.), versucht Dr. Seyfert die sächsische demokratische Politik im B. T. zu verteidigen. Er sagt, daß die demokratische Fraktion nicht aus taktischen Gründen dem Mißtrauensvotum der Kommunisten gegenüber dem Minister Lipinski zugestimmt habe, sondern aus — grundsätzlichen und durchaus politischen Erwägungen.

Diese Haltung sucht er auch damit zu rechtfertigen, daß es den Kommunisten zweifellos willkommener gewesen wäre, wenn die Bürgerlichen ihrem Mißtrauensantrag gegen Lipinski nicht zugestimmt hätten:

Für die demokratische Fraktion konnten taktische Erwägungen gar nicht Platz greifen: für sie war die Linie völlig klar vorgezeichnet. In dem Augenblick, in dem die Kommunisten den Mißtrauensantrag einbrachten, war die Mehrheit in der Regierung nicht mehr vorhanden; die Regierung bestand verfassungsmäßig nicht mehr zu Recht. Sie hatte zurückzutreten. Das hat die Deutsche demokratische Partei gefordert. Dazu war sie als Verfassungspartei verpflichtet. Etwas andres kam für sie nicht in Betracht. Die seitherige Regierung handelte verfassungswidrig, indem sie sich weigerte, freiwillig zurückzutreten. Die Demokraten wären — das haben sie rechtzeitig erklärt — bereit gewesen, in diesem Falle eine Minderheitsregierung der Sozialdemokraten, die sich nach dem Rücktritt gebildet hätte, zu unterstützen. Und die Deutsche Volkspartei auch. Die Regierung trat nicht freiwillig zurück; so mußte sie eben durch das verfassungsmäßige Mittel der Abstimmung dazu gezwungen werden.

Dr Seyfert hält es für verfrüht, von einem schweren Mißerfolg der nichtsozialistischen Parteien zu sprechen. Die demokratische Fraktion mußte aus zwei Gründen so verfahren, wie es geschehen ist:

Erstens hätte sich die Abhängigkeit der Sozialdemokraten von den Kommunisten auch gesteigert, wenn die alte Regierung weiterbestanden hätte. Zweitens aber, und das ist das Entscheidende, ist heute das Verhältnis ein ganz andres als bisher. Die Sozialdemokratie ist nicht mehr passiv abhängig von den Kommunisten, sie hat vielmehr einen förmlichen Pakt mit ihnen geschlossen. Aber keine der beiden Parteien könnte diesen Vertrag halten, ohne sich aufzugeben. Das ist der Kern der Krisis. Hier liegt die Entscheidung über die politische Zukunft Sachsens. Es ist die Schicksalsfrage der deutschen Sozialdemokratie, ob sie sich den Kommunisten zuliebe aufgeben, oder ob sie wieder werden will, was sie ihrer Idee nach ist.

Also Grund 1: Die Demokraten haben so gehandelt, weil es — wenn sie anders gehandelt hätten — ebenso gekommen wäre. Grund 2: Die Demokraten sind so verfahren, weil das Verhältnis zwischen S. P. D. und K. P. D. — nachträglich! — ein andres geworden ist. Eine etwas seltsame Begründung! Im übrigen wird die Sozialdemokratie Dr. Seyfert nicht den Gefallen tun und sich den Kommunisten ebenso wenig wie den Demokraten zuliebe aufgeben. Im Gegensatz zu den Demokraten, die sich erst während der letzten Regierungskrise in Sachsen daran erinnerten, daß es nicht rätlich sei, mit der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen durch dick und dünn zu gehen.

Auskunftserteilung an fremde Regierungen

Im neuesten Ministerialblatt für die sächsische innere Verwaltung wird bekanntgegeben:

„Die Vertretung einer fremden Regierung hat sich neuerdings an die Kreishauptmannschaften und Amtshauptmannschaften mit dem Ersuchen gewandt, ihre hier aufhältlichen Staatsangehörigen namhaft zu machen und dabei ihre berufliche Gliederung anzugeben. So gern die Regierung bereit ist, den Vertretern fremder Regierungen Auskunft zu erteilen, müssen doch derartige umfangreiche Ersuchen abgelehnt werden, da sie mit einem ungewöhnlichen Aufwand von Arbeit und Zeit verbunden sind und daher bei der gegenwärtig aus Sparsamkeitsgründen dringend notwendigen Einschränkung behördlicher Arbeiten nicht mit den zur Verfügung stehenden Kräften erledigt werden können, zumal die Beantwortung, wenn sie einen Wert haben soll, mit besonderer Genauigkeit erfolgen müßte.

Die ersuchten Stellen wollen daher den betreffenden Konsulaten unter Angabe der vorgenannten Gründe mitteilen, daß sie zu ihrem Bedauern nicht in der Lage seien, dem Ersuchen stattzugeben, daß sie aber gern bereit sein werden, gegebenenfalls durch Erörterungen in Einzelfällen die Feststellungen der Konsulate zu ergänzen."

Sachsens Bautätigkeit im Februar

(N.) Im Februar wurden in Sachsen, nach einer Mitteilung des Statistischen Landesamtes, 25 Baugenehmigungen für Neubauten mit Wohnungen erteilt, und zwar in den Kreishauptmannschaften Bautzen 2, Chemnitz 6, Dresden 5, Leipzig 9 und Zwickau 3. Diese 25 Neubauten, von denen 22 auf neuer Baustelle errichtet werden, sollen insgesamt 98 Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 97 Baugenehmigungen für Um-, An- oder Aufbauten mit insgesamt 140 Wohnungen erteilt, von denen 10 Not- und Behelfsbauten mit 15 Wohnungen sein werden.

Ausgeführt und baupolizeilich abgenommen wurden 109 Neubauten mit 190 Wohnungen. Hierunter befinden sich 85 Wohnhäuser mit nur einer Wohnung, also Einfamilienhäuser, 25 mit nur einem, 77 mit zwei Wohngeschossen, sowie 83 Neubauten gemeinnütziger Art. Von den 190 Wohnungen enthielten 17 drei, 96 vier, 63 fünf Wohnräume. Durch ausgeführte Um-, An- oder Aufbauten wurden 107 Wohnungen gewonnen, darunter 3 in Not- und Behelfsbauten.

An Gebäudeabgängen waren im Februar 2 Wohnhäuser mit 2 Wohnungen zu verzeichnen, so daß der Berichtsmonat insgesamt einen Zuwachs von 295 Wohnungen erbrachte, davon entfielen auf die Großstädte: Chemnitz 1, Dresden 35, Leipzig 20 und Plauen 2 Wohnungen.

Hauptversammlung der Gabelsberger

Der Sächsische Landesverband Gabelsberger, der zur Zeit 400 Stenographenvereine mit ungefähr 35 000 Mitgliedern umfaßt, hält am 26., 27. und 28. Mai d. J. seine 63. Hauptversammlung in Werdau in Verbindung mit der Feier des 65jährigen Bestehens des dortigen Stenographenvereins ab. Außer der Vertretersitzung, die am 26. Mai, abends 6 Uhr, stattfindet, sind eine Reihe Sondersitzungen vorgesehen, so der stenographiekundigen Lehrer, des Verbandes stenographiekundiger Beamten, der kaufmännischen und der Militär-Stenographenvereine. Am 27. Mai, morgens 9 Uhr, ist ein großes Wettschreiben geplant, zu dem Stenographen aus allen Teilen des Sachsenlandes erwartet werden. In der Hauptversammlung wird das Ehrenmitglied des Verbandes, Regierungsrat Prof. E. Ahnert vom Stenographischen Landesamt, den Festvortrag über „Wege und Ziele" halten. Ein Ausflug durch den Werdauer Wald nach dem Waldhaus und Greiz beschließt am 28. Mai die Tagung. Das System Gabelsberger, das in Sachsen schon seit vielen Jahrzehnten „Einheitsstenographie" ist, hat im vergangenen Jahre eine weitere Verstärkung seiner Stellung durch die Verordnung des sächsischen Gesamtministeriums erfahren, nach der in Zukunft sämtliche sächsischen Staatsbeamten — auch die höheren — vor ihrer Anstellung eine Prüfung über ihre Fertigkeit in der Gabelsbergerschen Stenographie abzulegen haben.

In dem Raubmord in Kleindalzig wird noch berichtet, daß der Kuhmelker Ulbricht aus L.-Anger-Crottendorf der Tat dringend verdächtig ist. Der Mord ist mit einem Hammer verübt worden. Es sind 18 Hammerschläge am Schädel der Ermordeten gerichtsärztlich festgestellt worden. Der Mörder hat dann sein Opfer mit einer Waschleine aufgehängt und darauf sämtliche Behältnisse erbrochen. Die Staatsanwaltschaft setzt für die Ergreifung des genannten Ulbricht 50 000 M. Belohnung aus.

Sozialdemokratischer Bürgermeister in Kriebitzschau. An Stelle des in den Ruhestand getretenen Bürgermeisters Beckmann ist Genosse Stadtrat Dr. Buchwald in Werdau zum Bürgermeister gewählt worden.

18

Der Mann im Sturm

Ein Roman von der Niederelbe von Hinrich Wriede

Auf der Bank setzte sie sich auf seinen Schoß und erstickte ihn fast mit ihren Küssen. „Oh Tiet, Jung," stammelte sie, „alles könnt ich für dich tun."

„Alles?" und er zog sie fest an sich und suchte ihren Blick.

„Ja, alles. Alles," hauchte sie. Da preßte er sie an sich, daß sie aufstöhnte vor Schmerz und Lust.

„Läßt dein Fenster offen heut abend?", fragte er zitternd vor Wonne.

„Oh, nein Tiet, nein," baten ihre Lippen. Aber ihre heißen Küsse sprachen ja.

„Doch, du?"

„Ja, ja," und sie lag ihm weich und willenlos in den Armen.

Dann gingen sie stumm an den Deich.

„Komm mit," flüsterte sie, „komm mit in die Tür. Ist niemand auf heute nacht." Maria diente beim Aubäcker. Und er feierte mit seinen Gesellen auch Finkenwärder Markt.

Vorsichtig schlich Tiet mit ihr in die Kammer. Als sie die Tür geschlossen hatte, fiel sie ihm um den Hals und küßte ihn stumm.

Und willig gab sie ihm alles, was sie ihm noch gestern verwehrt hatte. — — — — — — — — — — —

Es war schon heller Tag, als Tiet wieder aus dem Fenster stieg. Und er sah, daß der Vorhang des Kleiderbordes an einem Ende losgerissen, das Eckbord dick mit Staub bedeckt und der schöne geschliffene Spiegel am Rande mit Fingerabdrücken bedeckt war.

Abends fuhr Tiet zur See. Sinnend saß er in der Koje. Und er ließ die Augen über die blankgeputzte Messinglampe, die sauberen Lohnen und Bänke, die klare Scheinkoppe und die gemalten Wände gleiten. Ein kleiner Spiegel hing neben seiner Kapuze, aber der hatte keinen blinden Fleck vom Anfassen.

Und im Geiste sah Tiet Marias unordentliche Kammer vor sich, den Staub auf dem Eckbord, den abgerissenen Vorhang und den feinen aber schmierigen Spiegel. „Sie ist unordentlich," sagte er da zu sich selbst.

Nach dieser Reise steckte Maria abends Licht in ihrer Kammer an, als Tiet bei ihr war, und die beiden beschauten eine Weile Lichtbilder und Ansichtskarten, die Maria in ihrem Nähkasten aufbewahrte. Aber Tiet bemerkte auch, daß Spiegel, Vorhang und Eckbord noch genau so aussahen wie vor vierzehn Tagen. Er bat Maria, die Sachen doch einmal zu säubern. „Ach Junge," lachte sie da und küßte ihn, „dazu hab ich keine Zeit. Du bist ja bei mir!" Da küßte er sie wieder und vergaß bald Spiegel und Eckbord.

Aber auf See fiel ihm alles wieder ein. Und als sie nach der nächsten Reise noch nichts gereinigt hatte, knurrte er. „Nein, Deern," tadelte er, „das gefällt mir nicht. Nun könntest du die Sachen allmählich in die Reihe gebracht haben."

„Bist 'n Püttjer," lachte sie und versuchte ihm den Mund mit Küssen zu schließen. Er aber blieb hartnäckig. „Nein, nein," brummte er und zeigte in die Ecke bei der Tür, „dort in der Ecke liegt auch noch Staub."

„Aber nu hör bloß mal bald auf! Was du wohl davon verstehst," lachte sie da, „ich hab was andres zu tun. Und wenn ich an meine Kammer denken kann, dann bin ich hundemüde." Und sie schmeichelte so lange, bis er lachte. „Ja," rief er, „ich weiß schon. Keinen Augenblick Zeit."

Am Abend darauf hatte Maria den Vorhang der Kleiderablage genäht und aufgesteckt. Zu den andern Sachen hätte sie noch keine Zeit gefunden, sagte sie. Und Tiet schwieg und tat, als ginge ihn die Sache nichts mehr an.

Aber auf See überfielen ihn die Gedanken von neuem. „Nein, nein," sagte er mehrmals zu sich selbst, „Lotterigkeit ist das! Lotterigkeit!"

Und der Gedanke an Marias weichen Körper ließ ihn kühl, weil er ihren Leib genossen hatte. Es war ihm ergangen wie dem Hungrigen; der stürzt sich gierig auf die Speise. Und jetzt erging es ihm wie dem Satten; dem schmeckt die schönste Speise bitter.

Marias Lachen kam ihm albern vor und ihr Sprechen dumm und kindisch. Er wollte ihrem Geplauder nachdenken; aber er fand kein Korn — — ihre Sätze glichen tauben Aehren.

Und an ihre Küsse dachte er. Da erschien sie ihm frech und schamlos. — — — — — — — — — — —

Nach dieser Reise aber winkte Maria mit einer großen Dwehle*, als Tiet aufkam. Die Fahrt hatte über drei Wochen gedauert; Tiet hatte immer nicht heimkehren wollen, obgleich Harm gedrängt hatte. Tiet hatte sich zwingen wollen, Maria zu vergessen.

Sie aber holte ihn vom Dampfer ab und küßte ihn so hingebend, plauderte so fröhlich und lachte so schelmisch, daß er alle Bedenken vergaß und lieb zu ihr war wie immer.

Während der folgenden Reise scheuchte der Sturm Kutter und Ewer von der See. Mit den Möwen flohen sie dem Lande zu.

Da kam Jochen Wrögel mit seinem Ewer gerade neben Harm und Tiet zu liegen. Jochens Fahrzeug führte den Oekelnamen „Wandlus", weil sein Deck glatt war wie der Rücken einer Wanze.

Am Nachmittag zog Tiet einen reinen Buschenrump** an und stieg aufs Deck. Schon kletterte er die Treppe an der Kaimauer empor, da gewahrte Jochen Wrögel ihn. Jochen stand auf dem Deck seiner Wandlus mitten zwischen Fallen, Fangerleinen, Trossen und Tauen. Die nasse Kurre lag auf den Luken und der Kurrbaum war quer übers Deck geworfen. Das Großsegel hing unaufgebunden am Gigbaum. Und die Fallen schlangen sich durcheinander wie Erdbeerranken.

„Halloh!" rief Jochen und ließ die Fock fallen, die er halb zusammengelegt hatte, „wohin geht's?"

„Nach der Lügenecke," antwortete Tiet und lächelte.

„Da komm ich mit," rief Jochen. „Jen und Hein," rief er seinen Leuten zu, „räumt ihr weiter auf."

Und flink turnte Jochen über Tiets Kutter und dann die Treppe hinauf.

„Willst du dich nicht etwas waschen?" fragte Tiet. Jochen steckte noch in seiner Seeluft und sah unordentlich aus wie ein Rauhmops.

„Ach was," lachte er, „für dies Kaff, dies Curhaven bin ich so gerade recht." Nur seinen schönen Vollbart strich er während des Gehens mit der Hand glatt.

(Fortsetzung folgt.)

* Tischtuch. ** Neues Oberhemd.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230405/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Dresdner Chronik

Die Eroberung der Presse

Der bekannte pazifistische Schriftsteller Normann Angell (London) zeigt in seinem Buche The Preß and the Organisation of Society (Die Presse und die Organisation der Gesellschaft) (Labour Publishing Company Ltd., London 1922, sh 3/6) die ganze Ungeheuerlichkeit des kapitalistischen Zeitungswesens auf. Die Rolle der Presse erschöpft sich keineswegs darin, das Instrument „gewisser interessierter Kreise" zu sein. Die Gefahr ist größer. Im Kampf um die größere Auflage überbietet eine Zeitung die andre an Entstellungen und verdummenden Sensationen. So beschaffen ist die Quelle unsrer Informationen, somit unsre meisten Urteile. Der Verfasser macht das Gedeihen der Menschheit geradezu von einer Aenderung der bestehenden Preßzustände abhängig. Dabei bespricht er die Mittel, die unter den gegebenen Umständen eine Besserung doch erhoffen lassen, und führt über die den Arbeitern zukommende Rolle unter andern aus:

„Es handelt sich (hier) nicht, „eine blutige Revolution gegen die versammelten Kräfte des Kapitals" auszutragen. Keine Artillerie ist erforderlich. Keine „gemieteten Meuchelmörder" brauchen überwältigt, keine Armeen besiegt zu werden; keinen Blockaden soll getrotzt werden, keine Barrikaden errichtet, keine Diktatur des Proletariats proklamiert werden, wiewohl die Veränderung die geistige Diktatur der Arbeiter bedeuten würde. Ohne Blutvergießen und Leiden läßt sich hier die gewaltigste Festung des Kapitalismus, die größte Machtquelle der alten Ordnung erobern; die Mittel, vermöge welcher sie die Gedanken kontrolliert und infolgedessen die Handlungen und die Politik der Nation. Niemand braucht für diesen unermeßlichen Arbeitersieg auf den Barrikaden zu sterben; man kaufe des Morgens eine Zeitung an Stelle einer andern. Diese kleine tägliche Handlung würde den Kapitalismus der Gnade des Arbeiters ausliefern. Keine „Macht" könnte gegen den Entschluß der Arbeiter, keine kapitalistischen Zeitungen mehr zu lesen, aufkommen. Kein militärischer Zwang wäre wirkungsvoll. Seit einer oder zwei Generationen werden die Arbeiter aufgefordert, sich zu erheben und ihre Ketten abzuschütteln, sagt man ihnen, für die Revolution zu sterben bereit zu sein. Sicherlich würden Millionen ihr Leben hergeben: würden sie aber auf die Sportseite ihres vertrusteten Leibblattes verzichten, um es gegen ein zunächst weniger unterhaltendes Blatt ihrer Organisation oder Genossenschaft einzutauschen?

Hier kann die Fähigkeit der Arbeiter sich selbst zu befreien, auf die Probe gestellt werden. Eine gewisse Schule lehrt uns unausgesetzt, „daß der Kapitalist niemals kampflos nachgeben wird". In diesem, wie in vielen andern Fällen, handelt es sich nicht, ihn zum Nachgeben zu zwingen, sondern den ihm zufließenden Reichtumsstrom aufzuhalten, der, würde es nicht an dem Willen der Arbeiter — oder, was auf das gleiche herauskommt, an ihrer Enthaltsamkeit — fehlen, überhaupt ihm nicht zuzukommen braucht. Das Problem der Ersetzung der mühsamen kapitalistischen Maschinerie durch eine neue Gesellschaftsordnung, oder die Rückgabe des Bodens an die Bevölkerung stellt die Arbeiter vor bedeutende soziale, politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten. Was aber die Uebernahme der Presse betrifft, ist die Hauptbedingung des Erfolgs eine selbst für den unbegabtesten Arbeiter durchaus mögliche Handlung, die dem Volke nicht nur „Profite" tragen, sondern eine das Parlamentüberragende Machtquelle, erschließen würde, deren Besitz die Vorbedingung jedweder wirklichen Aenderung bildet. Fänglich ein kleiner Beweis von Arbeiterdisziplin und das übrige läßt sich bewerkstelligen!"

Die Reaktion in der Dresdner Postverwaltung

Von verschiedenen Seiten werden uns Flugblätter übersandt, die die hiesige Oberpostdirektion zur Ruhrfrage amtlich in ihren Betrieben verteilen läßt. Wir würden auf das Geschreibsel nicht näher eingehen, wenn nicht in einem der Flugblätter: „Zeichen der Schwäche", unter der Rubrik „Rote Schmach", ein unerhörter Angriff auf die Sozialdemokratie erfolgte. In diesem Artikel, der sich mit der Besetzung eines Telegraphenamtes im Ruhrgebiet, durch die Franzosen, beschäftigt, wird gegen deutsche Arbeiter der durch nichts bewiesene unverschämte Vorwurf des Verrats erhoben. Der Verfasser dieses Geschreibsels — ein Oberpostrat — wird sicherlich bei Abfassung dieser Artikel auch die Wirkung einer solch allgemein gehaltenen Beleidigung deutscher Arbeiter vorausgesehen haben. Trotz dieser klaren Erkenntnis bringt die dem Reichspostministerium unterstehende Deutsche Verkehrszeitung einen Abdruck dieses Schmähartikels. Die großkapitalistische Regierung Cuno zeigt immer deutlicher ihr wahres Gesicht!

Die amtliche Verbreitung dieser Schmähartikel hat, wie nicht anders zu erwarten, lebhafte Unruhe in den freiheitlich gesinnten Kreisen, natürlich auch in denen der Beamten und Angestellten der Postverwaltung hervorgerufen. Dem berechtigten Verlangen, das den Schmähartikel enthaltende 8. Flugblatt von der Verteilung unter dem Postpersonal zurückzuziehen, hat die hiesige Oberpostdirektion — zur Zeit vertreten durch den Abteilungsdirektor und Geheimen Oberpostrat Sieblist — mit dem Bemerken abgelehnt, hierzu halte sie sich nicht befugt.

Diese ablehnende Haltung der Dresdner Oberpostdirektion kommt uns bei ihrer jetzigen Zusammensetzung aus lauter Geheimräten des alten wilhelminischen Regimes nicht überraschend. Wir legen jedoch gegen dieses Versteckspielen schärfste Verwahrung ein. Die Arbeiter kämpfen mit den Beamten und Angestellten im Ruhrgebiet in erster Reihe gegen den vom französischen Großkapital ins Ruhrgebiet entsandten Militarismus. Sie fordern, daß dieser Kampf für Deutschlands Erhaltung nicht durch Dolchstöße von Sozialistenfressern geschwächt wird. Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, solche Provokationen ruhig hinzunehmen. Das beleidigende Flugblatt muß daher sofort zurückgezogen werden!

Wir fragen die Oberpostdirektion: Wer bezahlt die Flugblätter? (Etwa die Ruhrhilfe?) Hat Herr Sieblist dem Reichspostministerium sogleich nach Bekanntwerden der Tatsachen Bericht erstattet?

Die Unruhe unter dem Post- und Telegraphenpersonal des Dresdner Oberpostdirektionsbezirks über die Verwaltungsmaßnahmen dieser Behörde wird immer größer. Auch in den Kreisen der Handelswelt herrscht über sie größte Unzufriedenheit. Eine grundlegende Aenderung kann nur durch einen Wechsel in den leitenden Stellen im Wege der Demokratisierung erreicht werden. Schnellste Abhilfe tut dringend not!

Ein treuer Leser feierte am 3. April insofern ein Jubiläum, als er an diesem Tage 50 Jahre als Zimmerer tätig ist. Es ist der 67jährige Genosse Karl Zimmermann, Dresden-Laubegast, Bismarckstraße 18, der schon unsre Zeitung von Anfang an, als sie noch „Sächsische Arbeiterzeitung" hieß, abonniert hatte. Wir wünschen ihm gern, daß er auch sein 50jähriges Leserjubiläum feiern möchte.

Mieterversammlungen. In den von dem Allgemeinen Mietbewohnerverein in verschiedenen Stadtteilen einberufenen Mieterversammlungen wurde folgende Entschließung angenommen: „Durch die eben erst bekanntgegebene Mietzinsregelung für den 1. April 1923 wird der Mieterschaft durch Rat und Kreishauptmannschaft in letzter Minute eine Last auferlegt, für die ihr jede Zeit zur Vorbereitung fehlte und der außerordentlich viele Mieter rat- und hilflos gegenüberstehen. Außerdem wird in sehr vielen Häusern ein Mietzins in der hier angeordneten Höhe bestimmt nicht gebraucht. Die Mieterschaft erhebt deshalb gegen diese Art der Mietzinsregelung schärfsten Einspruch. Sie verlangt von Rat und Kreishauptmannschaft, daß sie den wirtschaftlichen Verhältnissen und der Leistungsfähigkeit der Mieter sowie dem von der Reichsregierung angestrebten Abbau Rechnung tragen, und daß sie deshalb nicht ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der einzelnen Häuser fast alle Mieter gleichmäßig mit der 200fachen Miete belasten. Die Hilfe aus der Notgemeinschaft, auf die der Rat verweist, lehnt die Mieterschaft ab. Sie will keine Wohltätigkeit, sondern will ihre Miete aus eigenen Kräften bezahlen und bezahlen können. Außerdem erblickt die Mieterschaft die Aufgabe der Notgemeinschaft auch nicht darin, unter anderm die 6fache Grundmiete für Verwaltungskosten an eine Vermieterschaft zu bezahlen, die soeben in ihrer Landeszeitung, der Sächs. Hausbesitzerzeitung, durch einen ihrer Führer den Eintritt in den Verwaltungsstreik bis zur Dauer eines Jahres fordert."

Neuer Straßenname. Die Prinzeß-Luisen-Straße im Stadtteil Löbtau hat nun auch äußerlich ihren neuen Straßennamen erhalten. Unter den Straßenschildern mit dem alten Namen sind neue angebracht worden mit der Aufschrift: jetzt Braunsdorfer Straße.

Zwei langgesuchte Spitzbuben gefaßt. Am Mittwoch wurde von einem Beamten der 3. Sicherheitspolizeiwache in einem Gasthaus der inneren Neustadt zwei schon lange gesuchte Einbrecher festgenommen. Die in den zwanziger Jahren stehenden Spitzbuben waren im Besitze von zahlreichen Einbrecherwerkzeugen. Auch wurden bei ihnen Gold- und Silbersachen im Werte von vielen Millionen Mark vorgefunden.

Gasvergiftung. Durch Unglücksfall erlitt am Mittwoch nachmittag ein in der Zittauer Straße wohnender 20jähriger Kaufmann eine schwere Gasvergiftung und konnte erst nach 65 Minuten langer Zuführung von Sauerstoff wieder zum Bewußtsein gebracht werden. Man überführte ihn nach dem Krankenhause Friedrichstadt.

Arbeiterrisiko. In einer an der Stephanienstraße gelegenen Maschinenfabrik verunglückte am Mittwoch nachmittag ein 18 Jahre alter Dreher dadurch, daß ihn ein mit großer Wucht zurückschnellen der Hebel am Kopfe traf. Der in Bühlau wohnhafte Mann wurde nach dem Carolahause gebracht.

Ein heftiger Zusammenstoß zwischen einer Droschke und einem Straßenbahnzug trug sich am Mittwoch, abends gegen 11 Uhr, auf der Grunaer, Ecke Zirkusstraße zu. Dort scheute das Pferd einer Droschke, so daß diese führerlos wurde und gegen einen daherkommenden Triebwagen rannte. Der am Jagdweg wohnhafte 50 Jahre Kutscher wurde unter die Plattform geschleudert und schwer verletzt. Das Pferd verendete. Die Droschke wurde stark beschädigt, die Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 1. April ist in eine Villa an der Waldparkstraße im Stadtteil Blasewitz eingebrochen und aus einem im Erdgeschoß gelegenen Speisegewölbe ein größerer Posten Lebensmittel gestohlen worden.

Diebstähle. In der Nacht zum 4. April wurden aus einem Zigarrengeschäft mittels Einbruchs 7 Stück vernickelte Zigarettenhandmaschinen, System Acina, 60 Pakete Zigarettentabak mit Firmenaufdruck Werner Alex Müller, Dresden, ferner 27 000 Stück Zigaretten verschiedener Marken gestohlen. — Ferner wurden in den Nächten zum 29., 30. und 31. März aus verschiedenen Schaukästen nach Zertrümmern der Scheiben 10 Nachthemden mit Einsatz, 2 Normalunterhosen, 2 braunlederne Geldtäschchen, 14 weiße und gestreifte Oberhemden, 15 verschiedenfarbige Selbstbinder sowie vier Spazierstöcke aus Rohr mit Horn-, Alpaka- und Zelluloidgriffen gestohlen. — Weiter wurde am 28. März einem Geschirrführer von seinem Wagen ein Paket, das 16 Schachteln Eukodal-Ampullen enthielt, im Werte von 60 000 M entwendet.

Dresdner Umgebung

Niedersedlitz. Der nach dem Arbeitsnachweisgesetz errichtete öffentliche Arbeitsnachweis für die Ortschaften Niedersedlitz, Lockwitz, Nickern, Kauscha, Goppeln, Wolfersdorf, Gaustritz, Babisnau, Sobrigau, Zschachwitz, Zschieren, Bärenklause, Kautzsch, Kleba, Theisewitz, Gombsen, Seida, Lungkwitz, Wittgensdorf und Kreischa ist am 3. April in Niedersedlitz, Hindenburgstraße 8, Hinterhaus, eröffnet worden. Geschäftszeit von 9 bis 1 Uhr und von 2 bis 3 Uhr; Sonnabends nur von 9 bis 1 Uhr. Geschäftsführer: Hugo Egerland, Niedersedlitz, Hindenburgstraße 8. Für die Gemeinden Kreischa, Bärenklause, Kautzsch, Kleba, Theisewitz, Gombsen, Seida, Lungkwitz und Wittgensdorf bleibt die Nebenstelle in Kreischa, Ortskrankenkasse, bis auf weiteres bestehen.

Niedersedlitz. Freitag den 6. April, abends 7½ Uhr, in der Schule zu Niedersedlitz. Elternversammlung. Wichtige Schulfragen.

Aus dem Parteileben

4. Unterbezirk

Radebeul. 7. April, Punkt 7½ Uhr, in der Baubörse, Vierteljahresversammlung.

Bezirk Pieschen. Freitag keine Sitzung, dafür Beteiligung an der Osterfeier der S. A.-J. im Goldenen Lamm, Leipziger Straße. — Nächsten Mittwoch den 11. April, 7 Uhr, im Deutschen Haus, Großenhainer Straße, Mitgliederversammlung für Pieschen und Trachenberge. Genosse Bürgermeister Nitzsche spricht über Wohnungs- und Mieterfragen.

Veranstaltungen am Freitag

Gruppe 2. 8 Uhr, im Kurfürstenhof Gruppensitzung.

Gruppe 3. 8 Uhr im Görlitzer Garten Jahresversammlung und Neuwahlen.

Gruppe 4. 8 Uhr, im Restaurant Taubert, Ecke Alaun- und Luisenstraße, Gruppensitzung.

Gruppe 5. 8 Uhr, im Restaurant Berger Jahresversammlung und Neuwahlen. Vortrag des Genossen Rüdiger über: Als Handwerksbursche durch Steiermark.

Gruppe 6. 8 Uhr, im Restaurant Königswald Jahresversammlung und Neuwahlen. 7 Uhr: Wichtige Sitzung der Verwaltungsmitglieder.

Gruppe Waldschlößchen. 8 Uhr, im Radeberger Hof Gruppenversammlung mit Vortrag.

Bezirk Trachenberge 8 Uhr, im Vergißmeinnicht Mitgliederversammlung und Vortrag des Genossen Redakteurs Hennig über: Karl Marx und die Gegenwart

Bezirk Mickten. 7½ Uhr, im Ratskeller: Fortsetzung der Debatte über Wohnungs- und Mieterfragen. Die Genossen Stadtv. Rösch und Bürgermeister Nitzsche werden anwesend sein.

6. Unterbezirk

Bezirk Leuben. Bericht der Versammlung vom 24. März über eine Woche zu spät eingegangen.

Jungsozialisten. Naußlitz. Gorbitz. Morgen Freitag, abends 7 Uhr, im Parteiheim, Bautzschstraße 9 Hth., Diskussionsabend. Zahlreich und pünktlich kommen. Gäste willkommen.

Kemnitz. Freitag den 6. April, abends 8 Uhr, in der Erholung, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Jahresbericht, Elternratsbericht, Maifeier, Bildung einer Selbstschutztruppe und Neuwahl. Es ist Pflicht, ebenso zahlreich zu erscheinen wie an Kunst- und heiteren Abenden.

Zur Aprilmiete

Der Allgemeine Mietbewohnerverein übermittelt uns auf die Erklärung sozialdemokratischer Stadtverordneten eine längere Zuschrift, in der es u. a. heißt:

„Die Mietervertreter haben dem Rat mündlich und auch schriftlich erklärt, daß sie den Betriebskostenzuschlag von 60 Grundzahlen vorschlagen und daß dieser Satz als Berechnungsgeld zunächst genüge, weil ja die Vermieter bei Abrechnung jederzeit ein Nachforderungsrecht haben. Der Einwand des Rates, daß es da häufigster, vielleicht wöchentlicher Nachzahlungen bedürfe, erscheint nicht stichhaltig, denn das teure Asche- oder Düngergrubenräumen geschieht doch nur in großen Zwischenräumen. Daß bei vielen Häusern bei den enorm hohen Dresdner Gas- und Wasserpreisen die hundertfache Grundmiete für Betriebskosten erforderlich sein kann, ist nicht bestritten worden, nur wird es als Unbilligkeit empfunden, daß sämtliche Mieter allein hier mit einer hundertfachen Grundmiete belastet werden, weil sich das bei vielen zu einer unerträglichen Härte auswachsen wird.

Bei den laufenden Instandsetzungszuschlägen hatten Mietervertreter als Normalsatz die 30fache Grundmiete und darüber hinaus bei dem Nachweis der Verwendung die Nachschußpflicht von weiteren 30 Grundmieten, als dem Bedürfnis Rechnung tragend, erachtet. Es wird in Dresden sehr viele Häuser geben, in denen weder eine 30- noch eine 60fache Miete für Vorrichtungsarbeiten vom Vermieter verwendet worden ist. Es wird deshalb kaum nötig sein, die Beweisführung dafür dem Allgemeinen Mietbewohnerverein zu überlassen. Das kann jeder Mieter selbst nachprüfen. Zuletzt noch die Verwaltungskosten. Die Mietervertreter hatten sich mit aller Entschiedenheit dagegen gewendet, daß die Arbeitsleistung der Vermieter mit einer Bezahlung der sechsfachen Grundmiete abgegolten werden soll. Das bedeutet z. B. bei Laden- und Geschäftsinhabern mit hoher Grundmiete ein Geschenk von oft genug 150 000 Mark an die betreffenden Vermieter.

In der Erklärung wird stark betont, daß der Allgemeine Mietbewohnerverein kein Beweismaterial für die Berechnung niedriger Mieten erbracht habe und daß von einem Grundstücksverwalter des Vereins erklärt worden sei, daß die vom Rat errechnete Miete nicht zu hoch wäre. Dem ist entgegenzuhalten, daß es wegen Fehlens zuverlässiger Abrechnungen unmöglich war, Beweismaterial aus der Praxis zu erbringen. Es ist dies jedoch nicht die Schuld des Allgemeinen Mietbewohnervereins, wenn die Jahresabrechnung von 1922 bisher mangelhaft oder gar nicht vorgelegt wurde. Es war vielmehr Sache des Rates, nachdrücklich für die Vorlegung der Jahresrechnungen zu sorgen. Wir können es auch hier ruhig der Dresdner Mieterschaft überlassen, die Richtigkeit dieser Behauptung selbst nachzuprüfen. An dem Resultat ändert auch der Hinweis auf das Tausend Häuser des Allgemeinen Mietbewohnervereins, auf die man sich immer so gern beruft, nichts. Die oben angedeutete Ansicht eines Hausverwalters des Allgemeinen Mietbewohnervereins ist erstens aus dem Zusammenhang herausgegriffen worden und zweitens hat es niemand bestritten, daß dort, wo große Instandsetzungsarbeiten vorgenommen werden müssen, die Kosten außerordentlich hoch sind und daß in solchen Fällen — natürlich auch bei den Grundstücken des Allgemeinen Mietbewohnervereins — die Sätze des Rates sehr wohl verbraucht, ja überschritten werden können, nur soll der Nachweis der Notwendigkeit und der Verwendung erbracht werden. Einige Vergleichszahlen seien jedoch trotzdem genannt, weil ja die Erklärung der Stadtverordneten auch einige bringt. Leipzig hat die Miete auf das 171,3fache festgesetzt. Dresden also rund das 9- oder in den meisten Fällen das 20fache mehr. Meißen 162,6, Freiberg 149 und Zwickau das 77,2fache. Weiteres Beweismaterial werden wir gern in Kürze vorlegen. Wenn die Erklärung darauf hinweist, daß Chemnitz sogar die 25fache Miete erhebt, so müßte, wenn Dresden zum Vergleich herangezogen wird, auch gesagt werden, daß in Dresden zu der 200fachen Miete noch die Kosten für Schönheitsvorrichtungen kommen, die der Rat selbst nur bei Küchen- und Schlafzimmeranstrich mit einer 30fachen Miete errechnet hat. Wir werden also, da wir in Dresden auch noch die Nachschußpflicht haben, von den Chemnitzer Sätzen wenig entfernt sein. Richtig ist, daß sich die Mietervertreter mit Nachdruck gegen die monatliche Mietzahlung gewehrt haben, und zwar deshalb, weil es sehr nahe liegt, daß dann der Dresdner Mieterschaft leicht noch monatliche Steigerungssätze beschert werden könnten. Bei der von den Mietervertretern geforderten Abrechnungspflicht ist ein derartiges Experimentieren durchaus überflüssig."

In dieser Erklärung des Mietbewohnervereins fehlt wieder die Hauptsache, nämlich eine Aufstellung darüber, wie hoch die Unkosten sich bei den Häusern des Mietbewohnervereins belaufen. Wir verstehen nicht, warum immer noch der Mietbewohnerverein die Zahlen, die sich bei der Bewirtschaftung seiner eigenen Wohnungen ergeben haben, der Allgemeinheit vorenthält. Dabei stimmen wir insofern ganz mit dem Mietbewohnerverein überein, als auch wir der Meinung sein würden, daß die vom Mietbewohnerverein errechneten Sätze nicht einfach vom Rat der Festsetzung der Zuschläge zugrunde gelegt werden dürften. Auch wir sind der Meinung, daß die Zuschläge geringer festgesetzt werden müßten, als die Beträge, die im Durchschnitt von den Hausbesitzern tatsächlich gebraucht werden, damit auf diese Weise ein Zwang zur Abrechnung gegen die Hausbesitzer ausgeübt wird. Aber es hat keinen Zweck mit den festgelegten Sätzen allzuweit unter dem tatsächlich Notwendigen zu bleiben, weil sonst der Hausbesitzer den Mietern zu häufig mit Nachforderungen kommen muß und sich dadurch eine unnütze Mehrarbeit für den Hausbesitzer und eine zwecklose Belästigung für die Mieter ergibt. Vom Rat ist uns aber versichert worden, daß sowieso die vorgesehenen Sätze hinter den Beträgen zurückbleiben, die im allgemeinen gebraucht werden und der Mietbewohnerverein hat bisher noch nicht versucht, durch Beibringung von Unterlagen diese Behauptung des Rates zu widerlegen. Wer aber über eine so große Anzahl von Wohnungen verfügt, wie der Mietbewohnerverein, muß leicht in der Lage sein, die nötigen Unterlagen beizubringen. Wenn es aber der Mietbewohnerverein hartnäckig ablehnt, das Ergebnis der Bewirtschaftung seiner eigenen Häuser zu veröffentlichen, so kann er es der Mehrheit der Stadtverordnetenfraktion nicht verübeln, wenn diese den Angaben des Mietbewohnervereins kritisch gegenübersteht.

Der Mietbewohnerverein rügt in seiner Erklärung wieder die Höhe der Sätze, die der Rat für Verwaltungskosten festgelegt hat. Es mag sein, daß in einzelnen Fällen, wo Läden oder Geschäftslokale mit hoher Friedensmiete in Frage kommen, dadurch dem Hausbesitzer nennenswerte Einnahmen zufließen. Die Vertreter der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion haben bei den Verhandlungen gefordert, daß in derartigen Fällen die Uebereinnahmen dem Wohnungsfonds zugeführt werden. Für eine entsprechende Bestimmung sind aber vorläufig die rechtlichen Voraussetzungen noch nicht gegeben.

In der Mehrheit der Fälle, besonders dort, wo es sich um kleinere Wohnungen handelt, sind aber die Summen, die dem Hauswirt für Verwaltung zufließen, gemessen am heutigen Geldwert, kaum der Rede wert. Selbst wenn man in Betracht zieht, daß heute die Leistungsfähigkeit der Mieter infolge des Sinkens des Reallohnes, sehr viel geringer ist als in der Vorkriegszeit, so wird man bei ruhiger Ueberlegung zugeben müssen, daß es sich kaum lohnt, über einen derartigen geringen Betrag auch nur ein Wort zu verlieren.

Wettervorhersage für den 6. April

Keine wesentliche Aenderung der bestehenden Witterung.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230405/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gewerkschaftsbewegung

Der Schiedsspruch für die ostsächsische Textilindustrie

Eine unverständliche Entscheidung des Demobilmachungskommissars

Ein von dem Arbeitgeberverband der ostsächsischen Textilindustrie beantragtes Schiedsgericht hatte einen Schiedsspruch gefällt, der

1. für die Zeit vom 1. bis 15. März die zur Zeit geltende Teuerungszulage von 225 M. um 100 M. auf 325 M. erhöht, wobei die Abstaffelung der übrigen Teuerungszulagen so vorzunehmen ist, daß sich die gleiche Prozenterhöhung ergibt, und
2. für die Zeit vom 16. bis 31. März eine Erhöhung der zur Zeit bestehenden Grundlöhne um 20 Prozent vorsieht. Von diesem Zeitpunkt an sollten die Zulagen wieder auf die bis zum 28. Februar 1923 geltende Höhe herabgesetzt werden.

Der Schiedsspruch wurde, obwohl in der Lohnhöhe völlig unbefriedigend, von der Arbeiterschaft angenommen, von den Arbeitgebern dagegen abgelehnt. Darauf wurde von der Arbeiterschaft die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs beantragt. Der Staatskommissar für Demobilmachung, Herr Ministerialdirektor Dr. Dehne, hat daraufhin unterm 28. März die Verbindlichkeitserklärung, soweit Ziffer I dieses Spruchs in Frage kommt, ausgesprochen, bezüglich der Ziffer II dagegen abgelehnt. Zur Begründung wird angeführt, daß der Schiedsspruch das streitige Lohnverhältnis für zwei getrennte Abschnitte regele, so daß eine teilweise Verbindlichkeitserklärung zulässig sei. Was nun Ziffer I des Spruchs anlangt, so habe der zur Entscheidung hierüber zuständige Staatskommissar für Demobilmachung die Ueberzeugung gewonnen, daß die darin getroffene Regelung der Billigkeit entspricht und für die Beteiligten tragbar ist, so daß mit Rücksicht auf das allgemeine Wirtschaftsleben die Verbindlichkeit insoweit ausgesprochen werden mußte. Hingegen konnte dem Antrag, soweit Ziffer II des Spruchs in Frage kommt, nicht stattgegeben werden, da es zweifelhaft erschien, ob die Schiedsstelle bei der von ihr getroffenen Regelung die durch die wirtschaftliche Lage gebotenen Grenzen innegehalten hat.

Wir halten die Entscheidung des Staatskommissars rechtlich gar nicht für haltbar. Er hat unsres Erachtens kein Recht, nur Teile eines Schiedsspruchs für verbindlich zu erklären, für andre dagegen abzulehnen. Darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Der Staatskommissar hat überdies in seiner Entscheidung auch die Parteierklärungen eingeschränkt. Bei den Einigungsverhandlungen im sächsischen Arbeitsministerium am 26. März erklärte der Arbeitgeberverband der ostsächsischen Textilindustrie, daß er die in der Spitze um 100 M. erhöhte Teuerungszulage für den ganzen Monat März zahlen wolle. Nach der Entscheidung des Staatskommissars braucht er sie nur bis zum 15. März zu zahlen. Für die Zeit ab 16. März kann der Arbeitgeberverband der Textilindustrie Ostsachsens zahlen, was er will, da gibt es keine tariflichen Löhne mehr.

Die Entscheidung wirkt sich sonach den 45 000 ostsächsischen Textilarbeitern gegenüber aus wie ein Faustschlag ins Gesicht. Halten Sie, Herr Dr. Dehne, vielleicht ab 16. März einen Lohnabbau für notwendig? Wodurch waren Sie denn in Zweifel geraten? Am 19. März haben Sie den Schiedsspruch für die westsächsische Textilindustrie, der für die Zeit ab 8. März die Grundlöhne um 20 Prozent erhöhte, für verbindlich erklärt und am 28. März lehnen Sie das für Ostsachsen ab, weil nach Ihrer Meinung „zweifelhaft erschien", ob das Schiedsgericht die durch die wirtschaftliche Lage gebotenen Grenzen innegehalten hat. Wissen Sie denn nicht auch, daß sich gerade in der Woche vom 12. bis 18. März die Kosten der Lebenshaltung um 5 Prozent verringerten, dagegen in der Woche vom 19. bis 25. März wieder um 1 Prozent erhöhten? Auf Erwägungen der wirtschaftlichen Lage kann die Entscheidung also nicht beruhen.

Aber wir wollen der Katze die Schelle umhängen. Am 26. März war im sächsischen Arbeitsministerium bekanntgeworden, daß infolge der famosen wirtschaftspolitischen Einstellung des Reichswirtschaftsministers Dr. Becker die Verbindlichkeit des Schiedsspruches für die sächsische Metallindustrie abgelehnt worden war und nun stand in Dresden auf einmal alles auf dem Kopf. Ein Stirnrunzeln der Cuno-Regierung in Berlin genügte, um in Dresden eine veränderte wirtschaftliche Lage zuungunsten von 45 000 Arbeitern herbeizuführen. Und das nennt man Politik! Die sächsische Regierung wird die Angelegenheit ernstlich prüfen müssen, zumal sie ihre eigene, den besonders ungünstigen Ernährungsverhältnissen in Sachsen Rechnung tragende Wirtschaftspolitik treiben muß. Dem Liebäugeln rückschrittlicher Geheimräte nach der Cuno-Regierung darf, will man nicht Konflikten von unabsehbarer Tragweite zutreiben, nicht stattgegeben werden.

Achtung, Metallarbeiter!

In der seit Wochen schwebenden Lohnstreitigkeit in der Metallindustrie für die Bezirke Dresden, Bautzen, Chemnitz, Zwickau und Aue erfolgte gestern eine Vereinbarung der Vertragsparteien, durch welche der Lohn für Dresden und Bautzen wie folgt geregelt wurde:

Für die Zeit vom 25. Februar bis 24. März 1923 beträgt die Standardziffer 1410 M. Zu den sich hieraus ergebenden Löhnen wird für die Zeit vom 25. bis 31. März eine Teuerungszulage von 100 M — in der Spitze, abgestaffelt nach dem für die letzten Teuerungszulagen maßgebenden Prozentverhältnis — pro geleistete Arbeitsstunde gezahlt.

Für die Zeit vom 1. April an beträgt die Standardziffer unter Wegfall der vorgenannten Teuerungszulage 1561 M. Damit erhöhen sich die Akkordpreise und Lohnsätze, die sich aus der Standardziffer von 1410 M. ergeben, um 10 Prozent.

Vorstehende Regelung hat Geltung für die Betriebe, für die der Tarifvertrag für den Verband der Metallindustriellen maßgebend ist.

Mit dem Arbeitgeberschutzverband der Metallindustriellen finden Verhandlungen noch statt und wird eine Regelung in der allernächsten Zeit erwartet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband,
Verwaltungsstelle Dresden.

Verlängerung der Geltungsdauer der Demobilmachungsverordnungen

Durch Gesetz vom 28. März 1923 (RGBl. vom 29. März 1923 S. 215) ist die Geltungsdauer der Demobilmachungsverordnungen bis zum 31. Oktober 1923 verlängert worden.

Danach bleiben also, vorläufig bis zu dem vorgenannten Termin, folgende Verordnungen in Kraft:

über Erwerbslosenfürsorge,
über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten vom 12. Februar 1920,
über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918, nebst Ergänzung vom 17. Dezember 1918,
desgleichen für Angestellte vom 18. März 1919,
über Betriebsabbrüche und -stillegungen vom 8. November 1920 und
über Erweiterung der Fortbildungsschulpflicht vom 28. März 1919, sowie zwei weitere Verordnungen, die jedoch für die Arbeitnehmer nicht in Frage kommen.

Die Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten hat bekanntlich überhaupt Gesetzeskraft.

Reichsangestellte. Das Uebergangsabkommen zum Reichstarifvertrag für Behördenangestellte vom 27. September 1922 ist unverändert bis zum 31. Mai 1923 verlängert worden, weil die mit der Regierung gepflogenen Tarifverhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes hat sich in der Woche vom 26. bis 31. März verschärft. Mit weiteren Entlassungen von Arbeitskräften sowie Betriebseinschränkungen muß gerechnet werden. Nur in der Landwirtschaft blieb die Nachfrage nach jüngeren männlichen Arbeitskräften und Mägden rege.

Starke Ausstandsbewegung in England. Die Ausstandsbewegung in England nimmt einen beängstigenden Umfang an. Der Landarbeiterstreik in Norfolk scheint eine drohende Wendung zu nehmen. Die Großgrundbesitzer stellen den Betrieb ihrer Güter bis zur nächsten Ernte ein, und es ist keine Aussicht vorhanden, daß der Konflikt bis dahin beigelegt werden könnte. — Der von der Bergarbeiter-Union im Rhondda-Tal angedrohte Streik, der mit der Weigerung einer Anzahl Arbeiter, der Organisation beizutreten, im Zusammenhang steht, hat heute begonnen. 46 000 Arbeiter sind ausständig.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Altenburgfahrer. Den Teilnehmern an den Osterfestspielen in Altenburg, die im Theater einen Stehplatz hatten, sind 500 M. zurückgezahlt worden. Da aber doch wohl alle noch einen Sitzplatz erhalten haben, hoffen wir, daß dieselben auf die Rückzahlung verzichten. Das Geld wird dann der Jugend-Echo-Sammlung überwiesen.

Dieser Wink mit dem Zaunpfahl gilt nicht für Arbeitslose und Lehrlinge. Diese müssen das Geld Freitag den 6. oder Montag den 9. April im Sekretariat abholen.

Die Jugendarbeitsausstellung findet bestimmt statt. Es sind bereits sehr feine Sachen abgeliefert worden. Wer noch etwas hat, bringe es schnellstens herein. Es wird alles sehr gut aufbewahrt und unbeschädigt nach Beendigung der Ausstellung zurückgeliefert. Also auf, ihr Säumigen!

Zur näheren Aufklärung sei noch mitgeteilt, daß diese Ausstellung zeigen soll, wie sich unsre arbeitende Jugend in ihrer freien Zeit beschäftigt. Wir veranstalten sie ganz allein.

Gruppe Johannstadt. Zur Jugendversammlung treffen wir uns heute, abends 6¼ Uhr, Sachsenplatz. Bringt die uns noch fernstehende Jugend mit.

Gruppe Briesnitz-Leutewitz. Freitag, 6. April, in der Briesnitzer Schule, Vortrag des Genossen Voigt: Was wir wollen. Sonntag, 8. April, Nachmittagswanderung. Treffen 1½ Uhr im Eigenheim.

Unterbezirk Kamenz-Radeberg. Die Gruppen werden gebeten, die Berichtsbogen und die Beitragsbeträge schnellstens einzusenden. Der Kassierer ist der Genosse Hans Grünberg, Ottendorf-Okrilla, Königsbrücker Straße 17d. Erscheint pünktlich und vollzählig in der Kreisausschußsitzung am 15. April in Cossebaude.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Wachmann; für Sachsen: Kurt Heilbut; für Gewerkschaftliches: Hans Finsterbusch; für Dresdner Chronik und Aus der Umgebung: Fr. Holzapfel, sämtl. in Dresden; für Lokales aus Freital: Richard Bombach, Wilsdruff, für Inserate: Max Weichold, Dresden. — Druck und Verlag von Kaden & Komp., Dresden.

Noch außerordentlich preiswert
kaufen Sie
Anzüge, Schlüpfer, Joppen
Hosen, Manchesteranzüge
bei
Kesten, Oberseergasse 3
Billigste Bezugsquelle für Händler
Angezahlte Sachen werden längere Zeit zurückgelegt.
1w 75

Dr. 4ling Seife
Hersteller J. Kron, München
Unerreicht in Duft und Güte!

Platten
ihr Grammophone, die neust. Schlager, Stück nur 3000 M. bei Tappert Wettinerstr. 34 u. Großenhainer Straße 118. 1827

Abonnements
auf die
Dresdner Volkszeitung
Bestellungen auf alle Partei- und sonstige Literatur nimmt entgegen
Richard Wiesner Weißig, Bergstr. 25.

Leser! Kauft bei unsern Inserenten!

Markenfreie Brennstoffe in vollwertigen besten Sorten
u. auch Böhm. Braunkohle
empfehlen zu billigsten Tagespreisen
F. M. von Rohrscheidt
G. m. b. H.
Kohlenbahnhof Fernspr. 25211
[306]

Ziegen- u. Zickelfleisch
frisch geschlachtet!
F. Bäumert
An der Dreikönigskirche 3. [158

Einmaliges Angebot:
„Baumwollwaren"
Bei diesen Artikeln sind nicht die billigsten Preise maßgebend, sondern die Güte der Qualitäten. Wir bringen unsere erprobten Qualitätswaren durch den Preisabbau volkstümlich billig.

Schneidezeug für Garten- u. Veranda-Decken, 110 cm breit, hellkariert . . 5800
Geschirrtücher prima Qual., kariert oder mit roter Kante . . 1450, 980, 750
Handtuchdrell erstklassige Qual., Gerstenkorn usw. . . . 3450, 2900, 1875
Bunte Taschentücher Lein. imit. f. Herren, richt. Größe 590, 540, 490
Zephir gestreift u. kariert, für Sporthemden usw. 3950, 2850
Perkal für Oberhemden u. Blusen, aparte Streifen und Tupfenmuster 4500, 3750, 3250
Schürzenstamosen Ia Qualität, 120 und 90 cm breit . 6900, 4800
Kleider-Blaudruck prima indigoblau . . 3650

Damen-Wäsche
Damen-Taghemden gute Wäschestoffe, hübsch gearbeitet, 8500, 7500, 5750
Damen-Taghemden mit wundervoll. Stick. verziert, 13500, 12500, 10800
Damen-Beinkleider aus gutem Hemdentuch, Kniеform, 11800, 7200, 5600
Damen-Beinkleider Kniеform, reich m. Stick. garniert, 14500, 13500, 12500
Dam.-Nachthemd. Kimonof., m. Stick u. Banddurchzug, 18500, 16500, 13500
Untertaillen hübsche Verarbeitung, teils m. feinst. Spitzengarn., 5400, 4950, 3250, 1950, 1650
Prinzeßröcke mit wundervollen, breiten Stickereien gearbeitet, 33000, 29500, 24500

Roh-Nessel kräftige Qualit. 140 cm breit 5900, ca. 80 cm breit 2950
Roh-Stangenleinen Bettbreite ca. 140 cm 5900, ca. 80 cm breit 3900
Stangenleinen gebleicht, prima Ware, Bettbreite 130 cm 7500
Bettzeuge hell kariert, Bettbreite 130 cm 4900, Kissenbr. ca. 80 cm 2900
Inlett Köperware, Bettbreite 11500, 9800, Kissenbreite ca. 80 cm 6900, 5400
Köperbarchent weiß, erprobte Qualität 3600, 2900
Hemdenflanelle auch für Blusen geeignet, 3600, 3200, 2900
Wäschestoffe groß und feinfädig, 3650, 3200, 2600

Kaufhaus Borinski G. m. b. H. Wilsdruffer Straße 32–34
[F 59

Aus dem Wirtschaftsleben

Trotzdem jetzt schon seit mehreren Wochen die Mark nicht mehr gefallen ist, schwillt die Notenflut weiter an. In der dritten Märzwoche hat sich der Notenumlauf um 683,1 auf 4965,6 Milliarden Mark erhöht. Man hätte eigentlich jetzt erwarten können, daß die Stabilisierung der Mark eine weitere Zunahme des Notenumlaufes verhindern würde. Solange die Mark fiel, erforderte das ständig steigende Preisniveau auch eine starke Zunahme der Umlaufsmittel. Da jetzt die Preise nicht mehr erheblich steigen, ist einer der wichtigsten Gründe für die Zunahme des Notenumlaufes weggefallen. Aber die Vermehrung des Notenumlaufes ist an sich weit unter der Entwertung **des Geldes zurückgeblieben.** Im Januar 1922 stand der Dollar im Monatsdurchschnitt auf 191,8, der Papiergeldumlauf betrug am Ende des Monats Januar 1922 123,6 Milliarden Mark. Seitdem ist der Dollarkurs auf etwa das 100fache, der Papiergeldumlauf nur etwa auf das 40fache gestiegen. Die Menge des umlaufenden Papiergeldes ist also der Geldentwertung noch lange nicht nachgekommen. Trotzdem wäre eine so starke Vermehrung des Papiergeldumlaufes wahrscheinlich nicht zu verzeichnen, wenn nicht das Reich, das infolge der Fortdauer des Ruhreinbruchs einen sehr großen Geldbedarf hat, die Reichsbank in so starkem Maße in Anspruch nähme. Die Reichsschatzanweisungen haben sich um nicht weniger als um 528,7 Millionen Mark auf 4284,5 Millionen Mark erhöht. Das Reich nimmt also in großem Umfange

die Notenpresse

in Anspruch, um seine Ausgaben zu decken. Demgegenüber ist die Steigerung des Bestandes der Reichsbank an privaten Wechseln bescheiden, hier ist nur eine Zunahme von 181,4 auf 228,2 Milliarden Mark zu verzeichnen. Von einem Preisabbau ist allzuviel jetzt kaum zu spüren. Im weitesten Umfange hat sich der Einzelhandel zu Preisnachlässen entschließen müssen, Großhandel und Industrie halten aber, wie fast allgemein berichtet wird, möglichst an den alten Preisen fest, man will die schönen Gewinne, die man in der Zeit steigender Dollarkurse gemacht hat, nicht wieder einbüßen. Der von der Industrie- und Handelszeitung berechnete Großhandelspreisindex weist, wie berichtet, in der letzten Märzwoche nur eine Senkung von 0,33 Prozent auf. Eine einigermaßen nennenswerte Preissenkung hat sich nur bei der Warengruppe Häute, Felle, Leder und Gummi ergeben, für welche Waren die Handels- und Industrie-Zeitung ein Herabsinken des Index um 7,30 berechnet hat. Bei den andern Warengruppen sind entweder sogar kleine Preissteigerungen vorhanden, oder die Preise haben sich nur ganz wenig nach unten gesenkt. Dabei wäre eine gehörige Senkung des Preisniveaus im Interesse unsrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte doppelt notwendig.

Ende März sind endlich auch

die Holzpreise

ins Wanken gekommen. Es haben sich Preissenkungen bis zu 40 Prozent ergeben. Eine Senkung der Holzpreise ist deswegen wichtig, weil ja die Preise vieler andrer Waren von den Holzpreisen abhängig sind, so vor allem die Kohlenpreise, da der Bergbau große Mengen Grubenholz braucht, und die Papierpreise. Da die deutsche Industrie jetzt nicht mehr bei der Ausfuhr den Vorteil der Valutaprämie genießt, wird von Interessentenkreisen ein Abbau der Außenhandelskontrolle verlangt, die besonders den Exporthändlern stets ein Dorn im Auge gewesen ist. Wenn auch heute ein Valutadumping nicht mehr möglich ist, so besteht doch, wie vielfache Erfahrungen zeigen, trotzdem die Gefahr, daß deutsche Waren zu billig nach dem Ausland verkauft werden, weil bereits verschiedene Erzeugerverbände angefangen haben, ihre Auslandpreise billiger zu stellen als die Inlandpreise, eine Praxis, die unter keinen Umständen geduldet werden darf.

In neuerer Zeit treten die deutschen Einzelstaaten in stärkerem Maße mit

Anleihen

hervor. Der preußische Staat, der schon lange die Auflegung einer Anleihe plant, hat jetzt mit einem Bankenkonsortium die Ausgabe einer Anleihe beschlossen, die mit einem variablen Zinsfuß ausgestattet werden soll, und zwar soll der Zinsfuß 2 Prozent unter dem jeweiligen Reichsbankdiskont betragen. Bei dem heutigen Reichsbankdiskont von 12 Prozent würde der Zinsfuß also jetzt 10 Prozent betragen, er soll nicht unter 7 Prozent sinken und nicht über 15 Prozent steigen. Die Anleihe soll nicht zur Deckung von Fehlbeträgen, sondern für werbende Zwecke dienen. Vor allem wird ihr Erlös für staatliche Großkraftwerke sowie für Hafenanleihen Verwendung finden. Die von Preußen geplante wertbeständige Anleihe ist vorläufig noch zurückgestellt worden. Es ist das erstemal seit neun Jahren, daß Preußen wieder mit einer Anleihe hervortritt. Preußens Finanzlage ist nicht ungünstig, da das Land über große Sachwerte verfügt, so über 280 000 Hektar Domänen, 2 400 000 Hektar Forsten und trotz der Verluste im Saargebiet und Oberschlesien über ansehnliche Steinkohlen-, Braunkohlen-, Kali- und Eisenwerke. Der hessische Staat will neben einer Markanleihe eine wertbeständige Anleihe herausgeben. Die Markanleihe soll mit 2 Prozent unter dem Reichsbankdiskont verzinst werden, mindestens aber mit 8 Prozent und höchstens mit 16 Prozent. Die wertbeständige Anleihe soll eine Braunkohlen-Roggenanleihe sein, die mit 6 Prozent verzinst wird. Zeichnungspreis, Verzinsung und Rückzahlung sollen etwa zur Hälfte nach dem jeweiligen Preis für eine Tonne hessischer Braunkohle und zur Hälfte nach dem Preis für einen Zentner Roggen festgesetzt werden. Dadurch, daß zwei verschiedene Waren der Bemessung der Zinsen und der Rückzahlungssumme zu Grunde gelegt werden, ist die Anleihe vor Wertschwankungen besser geschützt, als dort, wo Kapital und Zinsen nur nach dem Preis einer Ware bemessen sind. Die Stadt Breslau gibt eine wertbeständige Anleihe heraus, die den Anleihezeichner eine weitgehende Sicherheit gegen Verluste durch ein Sinken der Preise gewährt, und zwar ist die Breslauer Anleihe eine Kohlenwertanleihe, bei der der Zeichnungspreis auf 60 000 M. pro Tonne niederschlesischer Flammennußkohle festgesetzt ist. Der wirkliche Preis für eine Tonne solche Kohle stellte sich vor der neuesten Preisherabsetzung auf 123 780 M. Trotz des nunmehr erfolgten Rückganges ist der Zeichnungspreis für die Breslauer Anleihe noch immer sehr niedrig und es ergibt sich als tatsächliche Verzinsung auf Grund der heutigen Kohlenpreise eine Verzinsung von 12 Prozent. Die Kohlenpreise können noch sehr erheblich sinken, ehe die Besitzer der Anleihe bei einer eventuellen Rückzahlung einen Verlust erleiden.

Unsre Aktiengesellschaften fahren fort, glänzende Dividenden auszuschütten, die man möglichst in

Goldmark

mitteilt, damit sie klein erscheinen. So gibt die Porzellanfabrik Kahla eine Dividende von 0,1 Goldmark, gleich etwa 200 Prozent in Papiermark. Aber nicht nur, daß die Aktionäre eine so schöne Dividende bekommen, es wird ihnen auch ein wertvolles Bezugsrecht gewährt. Das Aktienkapital der Fabrik soll um 25 Millionen Mark erhöht werden, und zwar erhalten die Aktionäre für zwei alte eine neue Aktie zu 500 Prozent, zuzüglich Bezugsrechtssteuer. Bei einer Dividende von 200 Prozent sind die neuen Aktien selbstverständlich viel mehr wert als 500 Prozent. Die Porzellanfabrik G. H. Rosenthal u. Komp. verteilt eine Dividende von 1 Prozent in Goldmark auf Basis des Goldankaufspreises der Reichsbank vom 31. Dezember 1922. Das entspricht einer Dividende von 1000 Prozent. Die Schuhputz-, Lederputz- und Konservierungsmittel Fritz Schulz A.-G. in Leipzig hat für das Geschäftsjahr 1922/23 einen Reingewinn von über 100 Millionen Mark erzielt, gegen 7½ Millionen Mark im Vorjahr. Die Aktionäre erhalten eine Dividende von 200 Prozent sowie einen sogenannten Bonus von 2000 M. Die Aktionäre erhalten also im ganzen 400 Prozent. Die Bremer Wollkämmerei erzielte einen Reingewinn von 1021,67 Millionen Mark gegen 20,82 Millionen Mark im Vorjahre. Davon sollen 6 Prozent Dividende auf die Vorzugsaktien und 50 Goldpfennig zum Kurse von 5000 für jede Stammaktie sowie für jeden Genußschein verteilt werden, während es im Vorjahr nur 30 Prozent Dividende gab. Die 50 Goldpfennig entsprechen einer Dividende von 250 Prozent. Außerdem bekommen die Aktionäre als Sondervergütung für die Markentwertung für 2 Millionen Mark Gratisaktien. Wie im Geschäftsbericht hervorgehoben wird, gelang es der Gesellschaft, den vollen Betrieb ohne Unterbrechung aufrecht zu erhalten und ihre Erzeugung auf die höchste Ziffer der Vorkriegszeit zu bringen. Angesichts der großen Gewinnausschüttungen der Unternehmungen wäre es sehr am Platze, daß die Wucherbehörden einmal die Preisbildung bei den betreffenden Unternehmungen genau prüfen. Vielleicht gibt es hier für den Staatsanwalt und die Wuchergerichte etwas zu tun.

Die ungarische Krone

war mehrere Monate hindurch stabil geblieben und wurde in Zürich mit 20 bis 23 Centimes notiert. Seit Mitte Februar ist die ungarische Krone ins Wanken gekommen, sie wurde Ende März in Zürich nur mit 11 Centimes bewertet. Die Ursache für dieses Sinken der Krone ist darin zu suchen, daß in Ungarn eine starke Teuerungswelle eingesetzt hatte. Die Regierung hatte die Notenpresse weiter arbeiten lassen und dadurch mußte der Wert der Krone im Inland gesenkt werden. Die ungarische Krone hatte so eine Zeitlang im eigenen Lande eine viel geringere Kaufkraft als im Ausland, ein Zustand, der auf die Dauer nicht haltbar war. Längere Zeit kann die Kaufkraft einer Währung im Ausland nicht höher sein als im Inland; denn eine solche Höherbewertung hat zur Folge, daß das Ausland für die Exportwaren des betreffenden Landes sehr hohe Summen anlegen muß und infolgedessen die Ausfuhr ins Stocken kommt. Dadurch aber wird die Nachfrage nach der betreffenden Währung im Ausland vermindert und das muß dann auch zu einem Sinken der Valuta führen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika

haben lange Zeit sehr schwer unter einer schlechten Konjunktur gelitten. Jetzt aber ist die Konjunktur im Ansteigen. Noch nie, so wird berichtet, hat der Monat Februar eine so große Roheisen- und Stahlproduktion gezeigt, wie in diesem Jahre. Alle Stahlwerke, Automobilfabriken und Textiletablissements sind besonders stark beschäftigt. Im Februar betrug die Produktion von Rohstahl 2,01 Millionen Tons gegen 1,745 Millionen Tons im Februar vorigen Jahres und 1,749 Millionen Tons im Februar 1921. Auch der Außenhandel weist Zeichen von Besserung auf. In allen Monaten des Jahres 1922 bis auf den April ist die Einfuhr fortschreitend gewachsen, insbesondere in Rohmaterialien und Halbfabrikaten. Der Export erreichte im Februar 1922 seinen Tiefpunkt, erholte sich zwar wieder, blieb aber doch für das Gesamtjahr 1922 um 15 Prozent gegen den Vorjahreswert zurück. Auch in der Steigerung der Postennahmen, der Spareinlagen und der Belebung der Bautätigkeit zeigt sich die Besserung der Konjunktur.

Stenotyp.- u. Handelskurse
Tages- und Abendklassen. Sonderkursus für Teilnehmer mit höherer Schulbildung. Prospekt frei. Knaben und Mädchen sind von der Fortbildungsschule befreit
Rackow, Altmarkt 15. Tel. 17137

Unmittelbar **am Pirnaischen Platz**
Ecke Amalienstr. 4, I. r. (vis-à-vis der Straßenbahnhaltestelle)
Gold-Ankaufsstelle zur **Goldnen 4**
Joh. Max Sittel zahlt die besten Preise
für Gold- u. Silbergegenstände, Tafelgeräte sowie alte Gebisse.
Straßenbahnhaltestelle vor der Tür
Linien Nr. 1, 2, 5, 12, 18, 19, 20, 21, 22

Verkauf nur an Wiederverkäufer

Curt Arndt, Wäsche — Trikotagen — Baumwollwaren-Großhandlung, Schössergasse 2 — Tel. 18 652

Bruno Barthel, Waisenhausstraße 30 — Berufs- und Sportkleidung

Bernstein & Co.
Frauenstraße 12, I.
Webwarenerzeugnisse
Tel. 19160

D. Gleicher & Co.
Leinen-, Woll- und Baumwollwaren-Großhandlung
Amalienstraße 9 Telephon 28 731

Gebrüder Gauger, Dresden-N. 6
Obergraben 10 — — — Telephon 10 148
Textil-Grosso-Vertrieb
Baumwollwaren aller Art
Spez.: Rohnessel u. Weisswaren

Rudolf Holtsch jr., Viktoriastraße 19
Webereiwaren-Großhandlung und -Ausrüstung

Jacoby & Sohn, Frauenstraße 7 — Webwaren-Großhandlung, Wäsche- und Schürzenfabrik

Georg Jacoby, Kurz-, Weiß-, Wollwaren-Großhandlung — Dresden, Altmarkt 10

Reserviert

Katz & Leiser
Reitbahnstraße 26 — Tuche und Schneider-Artikel

D. Mayersohn, Wilsdruffer Straße 21
Kurz-, Galanterie-, Leder- und Stahlwaren-Großhandlung

Dresdner Textil-Großhandel
Semmel & Weiß
Textilwaren-Grosshandlung
Dresden-A., Schössergasse 2, III. Tel. 18871

Gebr. Hinzelmann
Dresden, Johannstr. 21 — Telephon 13 285
Seidenstoffe — Seidenbänder
Samte — Schweizer Artikel
Engros Export

Geschäftliche Rundschau
und **Zeitungs-Dauerfahrplan**
Ohne Gewähr! (Musterschutz) Ohne Gewähr!

Dampfschiffahrplan noch nicht erschienen

Franz Pokorny
Dresden-A., Wettinerstrasse 14
Telegramm-Adresse: Textilpokorny — Fernsprecher 17515
Mechanische Wäschefabrik
Herren- und Damenwäsche
Spezialität: Gestickte Bettwäsche

Wäschefabrik Hugo Nathanson
Palmstraße 1 DRESDEN-A. Palmstraße 1
Damenhemden — Beinkleider — Prinzessröcke

Schade & Lohmann
Tuche, Engros u. Versand, Moritzstrasse 21

Pflugbeil & Adler
Baumwollwaren - Großhandlung
Webergasse 26

Hans Geller Grunaer Straße
Trikotagen und GROSSO
Geschäftszeit 9 bis 4 Uhr

Dresden-A. Ecke Albrechtstraße
Strumpfwaren EXPORT
Geschäftszeit 9 bis 4 Uhr

Kein Verkauf an :: Private ::

Tuchhandlung Hermann Pörschel
Scheffelstraße 19 — Telephon 13725

Sternzwirn, Maschinengarn, Markenware und eignes Fabrikat, Stopf-, Stick-, Perl- und Häkelgarne, Strickwolle, Druckknöpfe, Schuhbänder sowie sämtliche Kurz- und Strumpfwaren zu billigsten Preisen. Lagerbesuch lohnend. Versand nach auswärts
S. Milgraum, Dresden-A. 1
Cranachstraße 1 — — Telephon 28 333

Putztücher mit und ohne Einwebung
Handtücher mit Einwebung
Scheuertücher mit Zwirnkeile
Otto Pretsch, G. m. b. H.
Entölungswerk, Kleine Plauensche Gasse 45/47

Hermann Rosenberger
Dresden-A., Moritzstraße 1, I.
Lederwaren, Galanterie- u. Spielwaren-Grossogeschäft

Rosenhein & Bieber, Wettinerstraße 2
Manufakturwaren-Großhandlung

Verkauf nur an Wiederverkäufer
Spinn- u. Webwaren-Gesellschaft m. b. H., Walpurgisstraße 2, am Ferdinandplatz,
Telephon 11 173 — Baumwollwaren aller Art — Engros-Fabrikation — Export

S. Schärf, Christianstraße 36 — Tel. 14108
en gros Textilwaren und Trikotagen en gros
Günstige Einkaufsquelle für Wiederverkäufer
— — Lagerbesuch stets lohnend — —

M. Schlesinger
Sektionswaren für die künstl. Blumen- und Blätter-Fabrikation
Reitbahnstraße 19

Bruno Wilde (Inh.: Arno Lehmann), Dresden,
Trompeterstraße 14 — Tuchgroßversand

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230405/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG